

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungsstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verantwortlicher: Anstalt Nr. 353.

Insertionspreis
für die einspaltige Beilage oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerich & Co., Bielefeld.

Nr. 72.

Bielefeld, Freitag, 26. März 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten

Die „Verbesserung“ des Erpressungs- paragraphe.

Das neueste Gelegenheitsgesetz, das die preussisch-deutsche Re-
aktion zusammengebracht hat, die Strafrechtsnovelle, ist
wahrlich das Muster einer „Reform“, wie sie hierzulande bei
den Vertretern des Klasseninteresses beliebt ist. Unter einigen
Eckpfeilern des bürgerlichen Rechtszustandes, die alles, was ge-
schleht wird, an Bedeutung hundertfach in den Schatten stellen.
Die eine ist der Anschlag auf das elende bürgerliche Recht, das die
deutschen Zeitungsredaktionen heute noch haben, der Anschlag
auf die bürgerlichen Rechte der Kritik, die durch die Erpressungs-
Erhöhung des Strafmaßes und Verklammerung des Wahrheits-
beweises; die andere die angebliche „Verbesserung“ des Er-
pressungsparagraphe.

Zum Schluss des Entwurfs zur Abänderung des Strafgeset-
buchs wird folgende neue Fassung des § 253, der Bestimmung
über die Erpressung, vorgeschlagen:

Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechts-
widrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen
eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch
Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder
Unterlassung nötigt, wird wegen Erpressung mit Gefängnis
nicht unter einem Monate bestraft.

Der Verstoß ist strafbar.
In der jetzigen Fassung fehlen die im obigen Zitat gesperrt
gedruckten Worte. Die Veränderung besteht also in der Einfügung
der Bedingung, daß das Vermögen eines anderen dadurch be-
schädigt wird. Damit soll nach der Begründung der Begrün-
dung eine Einschränkung des Begriffs der Erpressung erzielt
werden. Notwendig sei das, weil die bisherige „ungemein weite
Fassung des Begriffs der Erpressung“ zur Anwendung auch in
zahlreichen Fällen geführt hätte, deren Verurteilung als Er-
pressung mit der allgemeinen Auffassung, welche die Erpressung
als ein ehrenrühriges Vergehen anseht, im Widerspruch steht.

Das ist nun allerdings in klarem Widerspruch mit der
Fassung des Erpressungsparagraphe, der eine der häufigsten
Waffen gegen die Arbeiterbewegung liefern muß. Die
Auslegung dieses Paragraphe, seine Anwendung gegen die
kampfbereite Arbeiterbewegung ist eine der schmerzhaftesten
der Klassenjustiz, seine Geschichte seit Mitte der 80er Jahre eine
ununterbrochene Reihe von Schandakten für die deutsche Rechts-
prechung. Ehrenwerte Arbeiter, die nichts weiter getan haben,
als im Interesse ihrer Berufsgenossen dem Unternehmer bei
hartnäckiger Ablehnung der Arbeiterforderungen die Eventualität
des Streiks vor Augen zu führen, wurden auf Grund einer
Rechtsauslegung, wie sie nur dem Kopfe von Nichtern ent-
springen kann, die nie ein Hauch sozialen Empfindens und Ver-
ständnisses gekostet hat, die völlig im Sinne der engsten Unter-
nehmeranschauungen stehen, als Erpresser verurteilt. Die Schar-
macher in der Richterrolle, die das Bestehen des § 152 der Ge-
werbeordnung nie geniert hat, obgleich er den Arbeitern das
Recht zur Koalition und zum Streik gibt, bedrohten voll
Scharfsinn also: Der Angeklagte hat für sich und seine Kamer-
aden einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erzielt, indem er
seinen rechtlichen Anspruch, auf höheren Lohn seinen rechtlichen
Verständnis zu erzielen, verweigert, indem er den Unter-
nehmer durch eine Drohung zu einer Handlung — Erhöhung der
Löhne — zu nötigen sucht. Also ist er des ehrenrührigen Ver-
gehens der Erpressung schuldig und mit sechsmonatigen Gefängnis
zu bestrafen.

Der nicht im Wandkreis der Stumm, Kirbort und ähnlicher
Scharmacher wohnende Gerichte hat sich nicht auf den Kopf
gebeugt, wenn er solche Ausführungen liest, wie sie in Duzenden
von deutschen Gerichtsurteilen im Namen des Königs enthalten
sind und die im Namen des Reichs vom höchsten deutschen Ge-
richt, dem Reichsgericht, als durchaus richtig bestätigt worden
sind. Das Gerichte hat und Gerichte ist ihnen auf den ersten
Blick anzusehen. Schon die Definition der angestrebten Lohn-
erhöhung als rechtswidriger Vermögensvorteil ist unerhört und
kann nur dem Kopfe eines Nichters entspringen, der die Arbeit-
er als die Höheren der Unternehmer anseht, die verpöchtelt
sind, für ihn zu gleichbleibenden Bedingungen zu arbeiten. Diese
Definition steht im schärfsten Gegensatz zu dem in der Ge-
werbeordnung war nicht positiv verbürgt, aber doch ausge-
prochenen Recht der Arbeiter, ihre Arbeitskraft so teuer wie mög-
lich zu verkaufen, steht im schärfsten Gegensatz zu der Auffassung,
daß der Arbeiter eine beim Vertragsabschluss gleichberechtigte
Personlichkeit ist. Dann wird aber auch im Grunde genommen
das Koalitionsrecht des Arbeiters einfach verneint, wenn man
eine Handlung, die zur Nötigung eines Rechts erforderlich ist, und
das ist die Antündigung, daß die Arbeit eingestellt wird, falls die
Forderungen nicht bewilligt werden, als strafbare Handlung er-
klärt wird. Kurz, diese Rechtsauslegung stand zu der Stellung
des modernen Arbeiters im Arbeits- und Rechtsverhältnis im
schärfsten Widerspruch und war nichts weiter als ein Ausfluß
einer Anschauung, die den Arbeiter für ein Geschöpf minderen
Rechts als den Unternehmer, als einen Sklaven anah, der sich
nicht gegen die Anordnungen des Brotherren auflehnen dürfe.
Aber das alles hat nicht gehindert, daß diese Mitte der 80er
Jahre zuerst vom Leipziger Staatsanwalt und einem Leipziger
Richterkollegium praktizierte Rechtsauslegung bald zum Gemein-
gut der deutschen Rechtsprechung wurde und daß ihr Geltungs-
gebiet immer weiter ausgedehnt wurde. Die deutschen Staats-
anwälte lernten bald, daß der Arbeiter oder Arbeitervertreter
als Erpresser zu infamieren, der einen Unternehmer, der den
Lohn verweigerte, zur Zurücknahme dieser Maßregel unter Ein-
weis auf die Möglichkeit eines Streiks bewegen wollte. Auch der
Verstoß, den die bisherigen Lohn festhalten, galt als ein Verstoß,
einen „rechtswidrigen“ Vermögensvorteil zu erwirken, denn die
Arbeitgeber hatten ja auf den Lohn in dieser Höhe keinen Rechts-
anspruch! Ja selbst, wenn der Unternehmer einen Tarifvertrag
abschloß, war es möglich, den dagegen remonstrierenden Arbeit-
ervertreter wegen Erpressung zu verurteilen, wie verschiedene un-
glaubliche Gerichtsurteile zeigen, denn auch dann konnten die
gelehrten Richter keinen Rechtsanspruch der Arbeiter auf den im
Tarif festgesetzten Lohn entdecken!

Mit dem Gesetz kam der Appetit; es dauerte nicht lange, so
lernten die deutschen Richter auch, den Erpressungsparagraphe

auf Arbeiter anzuwenden, die ihre Berufskollegen zum Eintritt in
die Organisation aufzufordern hatten. Hier mußten die Be-
trüger, die der angeblich Bedrohte der Gewerkschaft gezahlt haben
würde, den „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ vorstellen. Die
Gewerkschaft hatte ja keinen Rechtsanspruch darauf!

Mehr als zwei Jahrzehnte hat diese ungeheuerliche Rechts-
auslegung, die für das unerbildete Rechtsempfinden ein Faust-
schlag ins Gesicht ist, die eine fortgesetzte schwere Beschimpfung
der Arbeiterbewegung ist, gedauert, ehe die Reichsregierung das
Bedürfnis empfand, etwas gegen sie zu tun. Schon zu Anfang
der neunziger Jahre hat die Sozialdemokratie Anträge einge-
bracht, die bezweckten, diesem Mißbrauch des § 253 einen Riegel
vorzulegen; mehrfach hat sie wieder auf diesen Schandackel der
deutschen Rechtsprechung anklagend hingewiesen, das Zentrum
mußte die sozialdemokratischen Anträge für gerecht erklären —
die Regierung rührte sich nicht! Jetzt endlich, wo sie eine Ver-
eulung durchbringen möchte, scheint ihr eine Veränderung des
Erpressungsparagraphe als Vorwand gut, der den mit dem
Anschlag auf die Pressefreiheit und die Rechte der Kritik bedachten
Klassen durch den Gehalt des Paragraphe bringen könnte.
(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Reaktionäres aus einer kleine Republik. Die Lübecker
Bürgerchaft beschloß am Sonntag die Aufhebung der bisher be-
stehenden Kreisschulen und die Einstellung des Schulgeldes nach
dem Einkommen der Eltern. Schulgeld soll bei einem Einkom-
men von 900 M. an erhoben werden. Ferner will man die
Frequenz der einzelnen Klassen von durchschnittlich 37 auf 47 er-
höhen. Die Einstellung des Schulgeldes für die höheren Schulen
nach dem Einkommen lehnte man ab, weil das „bedenklich“ sei.
Die kleinen Leute kann man unbedenklich belasten.

Südwärs Kalkulationen. Die feineren unüberprüften
durch die ganze Presse gegangene Behauptung, daß Südwärs oft
genug öffentlich bekundete Abneigung gegen den „Gistbaum“
(Wörle) ihn nicht abgehalten habe, mit Kalkulation der „Ab-
schüß“-Grube Geld zu verdienen, findet jetzt durch Mann, den
Südwärs Durchfallschandakten und Schmiergeldern Südwärs, eine
Bestätigung. In einem Artikel des „Siegener Volks“ gibt er an,
daß Südwärs die Aktien beiseite habe, betritt aber die Spekula-
tionsabsichten und die Höhe des auf 100 000 M. angegebenen
Verdienstes beim Verkauf der Aktien.

**Die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche
Rechte.** Im Reichsgesetzblatt wurde Dienstag das Gesetz vom
15. März 1909 publiziert, das einige kleine Verbesserungen gegen
den bisherigen Zustand bringt. Der einzige Paragraph dieses
Gesetzes hat folgenden Wortlaut:

1. Die Armenunterstützung;
2. Die einem Angehörigen wegen körperlicher und geistiger
Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterhaltungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Er-
ziehung oder Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterhaltungen, wenn sie nur in der Form der
einstufigen Unterhaltungen zur Hebung einer augenblicklichen
Nothlage gewährt sind;
5. Unterhaltungen, die erstattet sind.

**Durch vor der Volksstimmung über die Nachlasssteuer und eine
neue Grabsteuergesetz.** Die „Korrespondenz des Bundes
der Landwirte“ schreibt zur Frage der Nachlasssteuer in Nr. 22
vom 23. März:

„Nach unserem Dafürhalten kann es kein für die Erhaltung
unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gefährlicheres Experi-
ment geben, als gerade in Steuer-, besonders in Versteu-
erungsfragen die Stimme der Volksmassen entscheidend zu berücksich-
tigen. Wenn das geschehen sollte, so würden unsere Steuerbefrei-
geber sich bald darauf berufen können, daß die Mehrheit des
Volkes mit der ersten beabsichtigten Besteuerung selbst des Gatten-
und Kindererbes nicht zufrieden sei, daß man deshalb weiter
gehen müsse, bis die „Expropriation der Expropriateure“ nach
und nach ganz durchgeführt sei würde. Wollten unsere Abge-
ordneten sich nicht von ihrer eigenen Ueberzeugung, sondern von
der Rücksicht auf die nur gezählten, nicht gewonnenen Stimmen
aus dem Volke leiten lassen, dann müßten sie angesichts der
Reichs- und Staatsfinanznot eher für eine Herabsetzung, als
für eine Erhöhung der Beamtengehälter in den mittleren und
oberen Klassen stimmen.“

Dem Herrn Reichskanzler aber müssen wir wegen seiner
Befehlung zu dieser von ihm früher mit treffenden Gründen be-
stimmten Erweiterung des Erbschaftsteuerrechts und nach dem
früheren Urteil des ihm damals wie heute zur Seite stehenden
preussischen Finanzministers die Anwartschaft auf etwa folgende
von der früher erstrebten agrarischen abweichende Grabsteuergesetz
zuspreden: Es war dieser Kanzler, welcher für die Sozialdemo-
kratie die erste bahnbrechende Kerbe in die durch völkische
Tradition begünstigten Bande engster Familiengemeinschaft im
deutschen Bauernstande schlug!

**Die Schädigung der mittleren und kleinen Betriebe durch
das neue Tabaksteuergesetz.** Die „Frankfurter Zeitung“ erhielt
aus Bremen einen Artikel über die Tabaksteuerveränderung und ihre
Wirkung auf das deutsche Tabakgewerbe. Darin heißt es u. a.:
„Am schwersten würde bei dieser Wertbestimmung die mit-
terle und kleine Industrie leiden. Die wenigen Großfabrikanten
pflegen in Bremen aus erster Hand manche Partien zu kaufen,
und in Amsterdam die Einfuhrungen (Tabakbörie) zu besorgen.
Die mittleren können das nicht und müssen von der sogenannten
zweiten Hand in Veranbshäusern kaufen, in denen die Ware
durch Unkosten, Kreditrisiko und eigenen Verdienst wesentlich
teurer wird. Es erhöht sich dann auch die Steuer um den Be-
trag dieser Versteigerung, und endlich müßten die kleinen Fabri-
kanten, die allein oder mit wenigen Arbeitern wirtschaften, ein-
zelne Ballen — natürlich Ballen von verschiedenen Sorten (Ein-
lage, Umblatt und Deckblatt) — auf lange Zahlungsfrist kaufen,
wobei sie hohe Preise anlegen müssen. Durch einen Wertzu-
schlag stellt sich bei ihnen der Einstandspreis schon auf 40 bis 50 Proz.
höher als bei den Großfabrikanten. Folglich legt der angeblich
von sozialpolitischen Grundgedanken geleitete Staat den kleinen
Unternehmern eine um 40 bis 50 Proz. höhere Steuer auf, als
den reichen Großunternehmern.“

Zentrumsverwaltungen. Gegen den Rheinischen
Bauernverein, eine 6000 Mitglieder zählende Organi-
sation der katholischen Agrarier des Westens, erhebt Pfarrer
Greber im Obergeronshausen schwere Anklagen: Um die
Unterbilanz von 95 000 M. zu verbergen, habe man Schie-
bungen aus einer Unternehmung des Bauernvereins in die
andere vorgenommen. Ein ebenso großes Defizit werde im
neuesten Geschäftsjahr zu verzeichnen sein. Das Kölner Haus
des Bauernvereins sei mit 620 000 M. Hypothekenschulden be-
lastet, obwohl es bei weitem keine 620 000 M. wert sei.

Eine ähnliche Mißwirtschaft hat sich bei dem katholischen
Gesellenverein herausgestellt, an dessen Spitze lauter
bourgeoise Zentrumsgrößen und hohe Geistliche stehen. Die
Spar- und Kreditkasse des Gesellenvereins ist mit 191 000 M.
bei dem Konturs einer Kölner Malzfabrik beteiligt. Der Haupt-
inhaber dieser Fabrik ist eine Kölner Zentrumsgröße, die zugleich
im Vorstand des katholischen Gesellenvereins steht. Dieses
Ehrenamt hat der Herr Großkaufmann und Fabrikant dazu be-
nutzt, um diesen hohen Kredit zu nehmen, obwohl die Kasse für
Sandwerker und kleine Leute bestimmt ist. Etwa 150 000 M.
der Gesellenvereins-Kasse können als verloren gelten. Die jüngste
Bilanz des Vereins macht einen jämmerlichen Eindruck: Bei
746 000 M. Aktiven sind allein 351 000 M. Wechselbestand und
130 000 M. Hypotheken. Die Kasse befindet sich im Zustande der
Krisis.

„Altpreussische Sparamkeit.“ Wie ein Koblenzer Blatt be-
richtet, sind dort folgende Herren aus Berlin zur Besichtigung
einer aus Anlaß der kürzlich erfolgten Ueberziehungen
in Niederlahnstein am Rhein errichteten Notbrücke ein-
getroffen und im Hotel „Rhein-Rüstenhof“ in Koblenz abge-
stiegen: Der Inspektor der Verlehrsstruppen, Generalleutnant
Fhr. v. Spander mit Adjutant, der Kommandeur der Eisenbahn-
brigade, Generalmajor Sturm, und der Kommandeur des Eisen-
bahnregiments Nr. 2, Oberst Weising.

Ehe diese vier Offiziere erdienen, war die Notbrücke schon
von sachverständigen Beamten der Eisenbahnverwaltung ein-
gehend geprüft worden. Wenn die Militärverwaltung durchaus
eine eigene Prüfung vornehmen wollte, so konnte sie aus
Koblenz, Köln oder Mainz einen ihrer Sachverständigen be-
auftragen, der für geringe Unkosten mindestens das nämliche ge-
leistet hätte, wie die Berliner Exzellenzen mit ihrem Anhang.
So oder sind wieder mal viele Hunderte für diese Spritour an
den Rhein verpulvert worden. Wir möchten auch wissen, in
welcher Weise die technische Prüfung durch die Militärs vor sich
gegangen ist.

**Der württembergische Bauernbund gegen jede Erbschafts-
steuer.** Obgleich im württembergischen Bauernbund mit ver-
schwindenden Ausnahmen nur kleine und mittlere Bauern organi-
siert sind, die von der Nachlasssteuer, wie sie die Reichsregie-
rung plant, fast gar nicht oder nur geringfügig getroffen werden
würden, hat sich der Ausblick desselben dennoch durch eine
öffentliche Erklärung der Stellung der Agrarier im Zirkus
Büch angeschlossen. In der Erklärung heißt es:

„Eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und
Kinder halten wir für eine durchaus verfehlte steuerliche
Maßregel; dagegen sind wir bereit, zur Befreiung der
Finanznot des Reiches einer Besteuerung des Vermögens der
Lebenden zuzustimmen.“

Wir bedauern die ablehnende Haltung der verbündeten Re-
gierungen gegen eine Dividendensteuer, eine Umsteuerung auf
großkapitalistische Betriebe (Riesenhäfen, Warenhäuser etc.),
sowie gegen einen Ausfuhrzoll auf Kohlen und Kali.

Die Abgeordneten des Bundes der Landwirte und der
Konfessionen ersuchen wir um Ablehnung jeder Reichswei-
steuer und um Wahrung der den süddeutschen Bauern seit
bestehenden Rechte.

Dem neuen Vorschlage der Subkommission des Reichstags
wäre das Monopol entschieden vorzuziehen.
Der Bund der Landwirte will in Württemberg am 2. Mai
dieses Jahres eine allgemeine Landesversammlung abhalten.

Ein nationalliberaler Erbschaftsteuervorschlag. Die „Na-
tionalzeitung“ bringt einen völlig ausgearbeiteten Vorschlag be-
treffend eine neue Erbschaftsteuer, der ihr von der national-
liberalen Reichstagsfraktion zugegangen ist. Die Erben werden
in vier Klassen eingeteilt. Bei der ersten Klasse — Ehegatten,
eheliche Kinder, uneheliche Kinder aus dem Vermögen der Mut-
ter, Abkömmlinge der genannten Personen — soll die Steuer
einsetzen bei 10 000 M. mit einem Prozent, steigend bis zu fünf
Prozent bei einer Erbschaft von einer Million. Bei Klasse 2
beginnt die Steuerpflicht bei 2000 M. mit 6 Proz. und steigt
bei einer Million Mark auf 16 Proz.; in Klasse 3 — ebenfalls
mit 2000 M. beginnend — steigt die Steuer von 10 auf 20 Proz.,
wenn die Erbschaft über eine Million beträgt. Endlich in
Klasse 4 — ebenfalls beginnend bei 2000 M. — steigt die Steuer
von 15 auf 30 Proz. bei einer Erbschaft von einer Million.

Diese Steuer ist als eine Erbschaftsteuer zu betrachten und
soll rund 100 Millionen bringen. — Die „Nationalzeitung“
meint dazu, daß der Entwurf eine Grundlage bieten könne für
die weitere Besprechung der Deffentlichkeit und für die Beratung
im Reichstage.

Die neue Reichsversicherungsordnung soll im Laufe der
nächsten Woche dem Bundesrat zugehen. Gleichzeitig wird der
Gesetzentwurf veröffentlicht in Form einer besonderen Beilage
zum „Reichsanzeiger“. Diese Beilage wird auch als Broschüre
gedruckt im Buchhandel käuflich zu haben sein.

Aus dem Reichstag.

Die Kommission für das Reichsbankgesetz
hielt am 23. März wieder eine dreistündige Abendung. Zu
Artikel 2 lag ein Antrag Arendt vor, die Notensteuer abzu-
schaffen und dafür jährlich drei Millionen Mark Reichskassen-
scheine durch die Reichsbank aus dem Verkehr ziehen zu lassen
und dem Reiche kostenlos zur Vernichtung zu übergeben. Der
Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Der Artikel 2 der Regierungsvorlage fand hierauf Annahme
gegen die Stimmen der Antisemiten und der Sozialdemokraten.
Genosse Brand erklärte, daß wir gegen die Erhöhung des
steuerfreien Notenkontingents stimmen, wie gegen jede Maß-
regel, die das Reich zugunsten der Anteilseigner benachteiligt.

Der Artikel 3, der die Reichsbanknoten als gesetzliches Zah-
lungsmittel erklärt, wurde angenommen, nachdem ein Antrag
des Zentrums abgelehnt war, der verlangte, daß die Noten der
Privatnotenbanken bei den öffentlichen Kassen des Reichs und
der Bundesstaaten in Zahlung zu nehmen seien.

Genosse Singer erklärte, daß die Sozialdemokraten gegen jede Ausdehnung der Privilegien der Privatnotenbanken ständen. Bei Artikel 4 Abs. 1 wollte Graf Kanitz die Gelegenheit benutzen, in aller Eile und Stille die Doppelwährung einzuführen. Er beantragte, in sonderbarer Nichtbeachtung des deutschen Münzgesetzes, — daß die Reichsbank ihre Noten in Gold oder Silber einlösen könne.

Die nächste Sitzung findet am Montag abend statt. Zur Beratung steht eine Resolution Kreth, den Reichskanzler um die Vorlegung eines Geheimentwurfes zu ersuchen, der die Veröffentlichung der Bilanzen durch die Depositenbanken regelt und ein Mittel für die Aufstellung der Bilanz vorsieht.

Ein Antrag Kappeler verlangt ein Aufschub für die Vorlegung, in Verbindung mit dem Aufschub für die Privatversicherung.

Erfüllte agrarische Wünsche. Die Viehsteuergesetzkommission des Reichstages hat am Mittwoch vormittag ihre langwierigen Arbeiten beendet. Der Geheimentwurf, der ihr vom Reichstage nach der ersten Lesung im Plenum zur eingehenden Beratung übergeben worden war, ist von unseren Parteiführern in allen Stadien der bisherigen Verhandlungen als geradezu gemeingefährlich für die Bevölkerung bezeichnet worden. Sie haben niemals bestritten, daß das Gesetz wertvolle Bestimmungen enthält über die bisherige Bekämpfung der Viehsteuere, aber mehr als einmal ist deutlich genug in der Erscheinung getreten, daß es mehr andere Paragraphen des Gesetzes sind, auf die die Herren Agrarier den größten Wert legen.

Es sind das die Bestimmungen, die die Maßnahmen gegenüber dem Auslande treffen — sobald die Agrarier wünschen, daß irgendwelche Preissteigerungen dieses oder jenes tierischen Erzeugnisses oder dieser oder jener „günstigende Gegenstand“ von der Einfuhr abgeperrt werden sollen.

Auf den bloßen Verdacht hin, daß aus dem Auslande „irgendwoher“ eine Seuche droht, die noch gar nicht näher erkennbar ist, kann nach dem neuen Viehsteuergesetz in Zukunft jede Grenze für den Import jeder Einfuhr gesperrt werden. In den mehr als einjährigen Verhandlungen der Kommission ist von unseren Vertretern Stolle, Stüdl und Scheibemann immer wieder nachgewiesen worden, welche geradezu gemeingefährlichen Bestimmungen das neue Gesetz enthält. Das hat alles nichts genutzt. Die Wünsche der Agrarier auf Erhöhung bestimmter Zölle und auf Einführung neuer Zölle, wie z. B. auf Milch und Rahm, sind nicht zu verwirklichen, solange die gegenwärtigen Handelsverträge in Kraft sind.

Alles was den Herren Notleidenden an Wünschen auf Zollpolitischem Gebiet sowie in Bezug auf Grenzsperrungen noch übrig geblieben war, ist jetzt verwirklicht worden durch das Viehsteuergesetz.

Agrarisch ist Trumps!

Aus dem Landtag.

Die Vergesellschaftungskommission hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der es mit der Verhandlung der Regierungsvorlage immer weiter vorwärtig ging.

Wesentlich der Arbeitsschritte, daß sie in ihrer Mehrzahl von den Sicherheitsmännern bezug. den Arbeitern über Tage, wenn deren Zahl stets über 100 beträgt, gewählt werden müssen. Alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten wurden niedergelegt. Abgelehnt wurde auch, daß der Arbeiterausschuss aus mindestens 5 statt 3 Mitgliedern bestehen muß, und daß ein Arbeiterausschussmitglied auf mindestens 200 bzw. mindestens 300 Mann der Belegschaft entfallen soll. Erst auf 500 Arbeiter kommt ein Mitglied. Bei § 80 Ziffer 1 schreiben die Konventionen in ihrem Antrage „Arbeitervertreter“ statt „Mitglieder des Arbeiterausschusses“, wie der sozialdemokratische Antrag verbessert. Der Antrag wurde angenommen. Alle sozialdemokratischen Anträge, die sich auf die Aufgaben der Sicherheitsmänner beziehen, wurden abgelehnt, so besonders die wöchentliche Kontrolle, dann das Recht der Belegschaft, Einsicht in das Buch der zu nehmen, ferner die Vereinfachung des Sicherheitsmannes, die Mißstände dem Vergewaltigten direkt zu melden. Die Konventionen hatten verlangt, daß der Sicherheitsbeamte auch zu melden habe alle die Sicherheit der Grube gefährdenden Uebertretungen der bergpolizeilichen Vorschriften. Mit dieser Bestimmung sollten die Arbeiter getroffen werden. Die Konventionen erklärten, daß sie zwar Züchtung eines Denunziantentums, aber das schade nicht. In einer lebhaften Diskussion kam es bei den Bestimmungen über die Tragung der Kosten. Die Regierung wollte die Kosten der Werkverwaltung, die Sozialdemokraten dem Staate, die Nationalliberalen der Werkverwaltung und der Belegschaft, die Konventionen der Werkverwaltung, dem Staate und der Belegschaft auferlegen.

Der konservative Antrag wurde angenommen, obwohl von sozialdemokratischer Seite und auch vom Minister darauf hingewiesen worden war, daß eine Heranziehung der Arbeiter zu den Kosten gleichmäßig unmöglich ist.

Die Abgeordneten-Immunität. Die Justizkommission des preussischen Landtags beriet am Mittwoch abend die gleichlautenden Anträge Vorkmann und Genossen und Träger. Die Anträge verlangen eine Abänderung des Artikels 84 der Verfassung und begünstigen, daß ohne Genehmigung des Landtags kein Abgeordneter zur Strafverfolgung verhaftet werden darf, und daß jede Strafbefehl für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden muß, wenn die Kammer es verlangt.

Der sozialdemokratische Antrag wollte die Vorlegung des Gesetzes nach in dieser Session, der Antrag Träger wünschte tunlichste Beschleunigung. Der Berichterstatter behandelte die Anträge sehr ausführlich und empfahl Annahme. Die Konventionen erklärten sich gegen jede Abänderung, mit der Motivierung, daß, wenn der Abgeordnete zur Zeit der Wahl in Strafbefehl steht, dann wissen es die Wähler und brauchen ihn nicht zu wählen; wird er während der Tagung in Strafbefehl genommen, dann soll er sein Mandat niederlegen; den gleichen Ausweg könne ein Abgeordneter einschlagen, wenn er zwischen zwei Sessionen in Strafbefehl genommen wird und bei Beginn der Tagung nicht wieder entlassen ist. Jeder Abgeordnete habe sich so zu benehmen, daß er nicht bestraft werde. — Die Nationalliberalen erklärten sich deshalb gegen die Anträge, weil das Parlament nicht in die Lage kommen dürfte, richterliche Urteile nachsprühen. Das wäre ein Eingriff in die Judikatur. Von freisinniger Seite wurde beantragt, die Regierung zu ersuchen, sie möge den Bundesrat veranlassen, daß ein diese Materie regelndes Reichsgesetz geschaffen werde. Auch die Freikonservativen erklärten sich gegen eine Abänderung des bestehenden Zustandes schon deshalb, weil sie gegen jede Beschränkung des Begnadigungsrechts seien. Das Zentrum hielt die Strafverfolgung für weniger wichtig als die Unterwerfung und erklärte, für die Anträge zu stimmen, obgleich gewisse Kompetenzbedenken vorhanden seien. — Von dem sozialdemokratischen Mitglied wurde erklärt, daß das Begnadigungsrecht mit diesen Anträgen gar nichts zu tun habe. Der Abgeordnete sei Vertreter des gesamten Volkes, es steht also das Interesse des gesamten Volkes in Frage. Die Kompetenzfrage sei von untergeordneter Bedeutung. Auch die Gerichte müßten sich einer landesgesetzlichen Bestimmung fügen, wenn die Immunität auch auf die Strafverfolgung eingeführt werde. Der freisinnige Antragsteller begründet in eingehender Weise seinen Antrag, und erklärt sich gegen den Vorschlag, daß die Regierung den Bundesrat ersuchen soll, die Sache reichsrechtlich zu regeln. Ein solches Ersuchen entspricht nicht der Bedeutung des Abgeordneten, das selber für seine Mitglieder einzutreten habe. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen eine Stimme der Freisinnigen mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde der Antrag, im Bundesrat auf eine Regelung der Sache hinzuwirken. — Damit waren alle Anträge abgelehnt.

Politische Falschmünzerei.

Die Sitzung des Reichstages vom Mittwoch gibt der Scherz-Prese Anlaß, politische Falschmünzerei zu treiben. Daran,

daß das Gehalt des Staatssekretärs v. Tirpitz ohne Debatte bewilligt wurde, schließt diese Presse folgendes: „In dem Schweigen des Reichstages lag eine elementare Rundgebung, die im Auslande und in Deutschland zweifellos richtig verstanden werden wird.“

Diese Schlussfolgerung beruht auf völliger Verdröhung der Tatsachen. Kein Mensch hat an eine Rundgebung gedacht, die unter diesen Umständen ihre Spitze gegen England hätte richten müssen. Der Vorgang war einfach der:

Unter allgemeiner Unaufmerksamkeit und selbst für die zunächst stehenden Abgeordneten völlig unverständlich, berichtete der Referent, Abg. v. Thünefeldt, über den Titel „Staatssekretär“. Kaum hatte er geendet, als der Präsident auch schon verließ, die Diskussion sei geschlossen. In rascher Aufeinanderfolge wollte er die Nummern der einzelnen Titel ablesen, wurde daran aber plötzlich gehindert durch unsern Genossen Singer, der die im Parlamentsbericht bezeichnete Erklärung abgab. — Daß die bürgerlichen Parteien in seine Diskussion eintraten, erklärt sich nicht daraus, daß eine Rundgebung beabsichtigt war, sondern daraus, daß die englischen Flottenabrüstungs-vorschläge beim Etat des Reichskanzlers erörtert werden sollten. Es handelt sich also bloß um eine Verdröhung der Erörterung dieser Angelegenheit und es ist begreiflich, daß der Reichstag den Wunsch hegen mußte, diese Erklärung in Anwesenheit des Reichskanzlers vorzunehmen. Was von sozialdemokratischer Seite zum Marine-Etat zu sagen war, das konnte auch in der Spezialdiskussion gesagt werden und in der Tat hat ja auch Genosse Seevering die Wünsche und Klagen der Werftarbeiter vorgebracht. — Gegen eine gegen England gerichtete Rundgebung würden die Sozialdemokraten selbstverständlich sofort Einspruch erhoben haben.

Zur Situation auf dem Balkan.

Immer mehr macht sich das Übergewicht der Stellung Österreichs geltend, es kommt ihm zu allem anderen jetzt noch der Zufall zu Hilfe, der gerade bei den lächerlichen Führer der jehischen Kriegspartei, den Kronprinzen von Serbien, mit Schimpf und Schande vom Schauplatz seiner Taten verschwinden läßt. Dieser Strolch von Gottes Gnaden hat eine bestialische Brutalität bezogen, welche sich in folgender Weise abgespielt hat:

Am Mittwoch der vorigen Woche befahl der Kronprinz dem Diener am Morgen, er möge ihm seine Garderobe bringen. Der Diener tat dies, stellte die Stiefel vor den Sessel und legte die Handschuhe seitwärts davon. In der Zeitverweilung zog der Kronprinz zuerst die Stiefel an, und der Adjutant, der in diesem Augenblick in das Zimmer trat, machte ihn auf seinen Irrtum aufmerksam. Darob geriet dieser in einen Wutanfall und stürzte sich mit furchtlichen Schimpfworten auf den Diener, schlug ihn mit der Faust mehrmals ins Gesicht, warf ihn zu Boden und trat ihm mit dem gepolsterten Stiefel gegen den Unterleib. Ein Bruchband, das Kolatowitsch trug, blähte infolge der Fußstöße, und das Eisen im Bruchband drang dem Unglücklichen in den Leib. Kolatowitsch wurde bewußlos ins Spital übergeführt. Der König, von dem Vorfalle verständigt, besuchte sofort den Diener im Krankenhaus und hat die Ärzte sehr, alles zu unternehmen, damit Kolatowitsch gerettet werde. Er war aber nicht zu retten und starb an den Folgen der Mißhandlung.

Belgrad, 26. März. Ueber die Vorgänge, die zum Verzicht des Kronprinzen führten, wird jetzt folgendes bekannt: Vorherstern fand ein Ministerrat statt, in welchem auch die Ausführungen des Blattes „Zwona“ wegen Ermordung des Dieners des Kronprinzen durch denselben besprochen wurde. Es wurden sofort Stimmen laut, daß das Verbleiben des Kronprinzen in der Armee nicht mehr anständig sei und beschlossen, daß, wenn der Kronprinz nicht auf alle Ehren verzichte, er aus der Armee ausgeschlossen wird. Kaiser Peter ließ den Kronprinzen noch abends zu sich berufen und verlangte von ihm im Sinne des Ministerrats den Verzicht auf die Thronfolge. Nach langem Kampf fügte sich der Kronprinz.

Belgrad, 26. März. Die Verzichtleistung des Kronprinzen ist unbedingt notwendig gewesen, weil sonst die Stupifikation selbst die Überwindung seiner Rechte ausgebrochen hätte, worüber alle Parteichefs sich mit Zustimmung des Königs bereits schlüssig geworden waren. Den Anlaß gab die tödliche Mißhandlung seines Dieners Kolatowitsch. Es wird an seinem normalen Geistesstand stark gezweifelt.

Wien, 26. März. Hier wurde heute ein sehr bestimmt ausstretendes Gerücht verbreitet, daß Kronprinz Georg in der heutigen Nacht fluchtartig Florenz verlassen habe.

Nun ist ja die Persönlichkeit dieses Romäus an und für sich ganz unbedeutend, dennoch bedeutet sein Verschwinden vom Schauplatz gerade im letzten Augenblicke eine Schwächung der Partei, die allein bei ihrer Verantwortungslosigkeit einen totalen Krieg entzünden könnte. Geradezu komisch klingt es, wenn immer noch von gewisser Seite die Lage als äusserst drohend einschätzt wird. Solche Nachrichten lassen erkennen, daß Österreichs vollständiger Erfolg vollkommen gesichert ist.

Paris, 26. März. Wie mitgeteilt wird, hat die russische Regierung in London formell erklären lassen, daß sie der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn zustimme. Die französische, englische und russische Medienungen sehen sich der Hoffnung hin, daß die vorläufige und entzweitende Schritts Russlands den Grafen Werthens bestimmen wird, der Mediation der zukünftigen jehischen Note keine besonderen Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen.

Dänemark.

ac. Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen. Während der ersten Hälfte dieses Monats haben bekanntlich in allen städtischen und ländlichen Gemeinden Dänemarks die Neuwahlen der Gemeindevertretung stattgefunden. Man sah diesen Wahlen mit um so größerer Spannung entgegen, als es die ersten waren nach Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts (in Kopenhagen, wo das gleiche Wahlrecht schon bestand, nach Abschaffung des 1000-Kronen-Jenius), Ausdehnung des Wahlrechts auf das weibliche Geschlecht und auf die Dienstleute, die bisher ebenso wahlrechtlos waren, und Einführung des Proportionalwahlrechts. Das Proportionalwahlrecht ist besonders auf Drängen der Konventionen eingeführt worden, um den Fortschritt der Arbeiterklasse zu hemmen.

Besonders in Kopenhagen, wo nach dem alten Wahlsystem bestimmt vorausgesehen war, daß im Laufe der Jahre auch der letzte Antisozialist aus der Bürgerrepräsentation verschwinden werde, hatten die Antisozialisten große Hoffnungen auf das Proportionalwahlrecht in Verbindung mit dem Frauenrecht und der Steuerzahlungsklausel, die hier die Steuererhöhung auf 1000 Kronen im Mindestfalle von 1000 Kronen abhänge, gelebt. Tatsächlich haben 8378 von den 13484 Wahlberechtigten in Kopenhagen wegen Steuerhinterzuges ihr Wahlrecht einbüßen müssen. Die furchtbare Wirtschaftskrise machte natürlich auch hier ihren Einfluß geltend. Die Hoffnungen der Antisozialisten haben sich jedoch nicht erfüllt. Die Sozialdemokratie hat von den 95329 abgegebenen Stimmen 44849 erhalten und steht mit 20 Mandaten von im ganzen 42 in ihrer alten Stärke in das Stadtparlament zurück, während die Antisozialisten bei 36606 Stimmen 16 Mandate erhielten, was allerdings noch das eine Mandat kommt, das auf die konservative innere Minorität mit 2243 Stimmen fiel, und die radikale Linke bei 11631 Stimmen 5 Mandate bekam. Die Wahlen gelten diesmal in und für ein Jahr, während früher in Kopenhagen jedes Jahr ein Sechstel der Bürgerrepräsentanten neu gewählt wurde, und zwar nach dem Majoritätsprinzip auf Parteilisten, ein Wahlsystem, das die Allianz zwischen Sozialdemokraten und Radikalen zur Folge hatte, die nun sowohl in der Hauptstadt wie im ganzen Lande aufgegeben worden ist von unseren Genossen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich jedoch trotz des Proportio-

nalsystems vielfach miteinander verbündet. Wie auch die Antisozialisten in Kopenhagen eine Koalition der Konservativen und sogenannten Liberalen darstellten, und ebenso die Missionen, denen sich misvergünstigte Liberale angeschlossen hatten.

Ueber das Ergebnis der Stadtwahlen in der Provinz liegt jetzt eine zusammenfassende Uebersicht vor. In den 72 Provinzialstädten Dänemarks wurden im ganzen 13722 Stimmen abgegeben, und von diesen kamen auf die Sozialdemokratie 54328. Es sind 265 sozialdemokratische Stadtratsmitglieder gegen bisher 110 gewählt, während alle anderen Parteien, einschließlich der Radikalen, die ja ihrem Parteiprogramm nach auch Kommunezialisten mitmachen wollten, 512 Mandate erhielten. Eine völlig gerechte Verteilung der Mandate hat das Proportionalwahlrecht nicht gebracht, sonst hätten unsere Genossen 42 Mandate mehr, die Bürgerlichen um so viel weniger erhalten müssen. In zwei Städten: Aarhus und Roskilde, hat die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit im Stadtrat erhalten, während in 8 Städten die Wahlen so ausfielen, daß die bürgerlichen Parteien nur ein Mandat mehr haben als unsere Genossen. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie, die ja jetzt schon ihrer Stimmenzahl nach die größte Partei ist, nach Verlauf von 4 Jahren in einer sehr großen Anzahl von Städten die Mehrheit gewinnen, zumal wenn durch eine bessere Konjunktur die Zahl der steuerzahlungsfähigen Arbeiter vermehrt wird.

Ueber das Ergebnis der Wahlen zu den ländlichen Gemeinderäten, den „Kirchspielräten“, liegt eine zusammenfassende Uebersicht noch nicht vor, jedoch haben die nach und nach eingelaufenen Berichte gezeigt, daß die Sozialdemokratie auch auf dem Lande, teilweise sogar überraschend, gute Erfolge erzielt hat. In mehreren Kirchspielräten hat sie sogar die absolute Mehrheit gewonnen. Die Verbindung der zweijährigen Selbsttätigkeit in der Gemeinde hat auf dem Lande offenbar nicht so schädlich für unsere Wählerkraft gewirkt, wie in den Städten, weil das kleinbäuerliche Landproletariat fester ist als das industrielle Stadtproletariat.

Verkleisterungsversuche des Blockirers.

Berlin, 25. März. Obwohl heute wegen des katholischen Feiertages, Maria Verkündigung, im Reichstage weder eine Plenarsitzung noch Kommissionsitzung stattfanden, waren die Couloirs schon vom frühen Vormittag an stark gefüllt. Fast alle in Berlin anwesenden Mitglieder des Hauses hatten sich einzeln, um Erklärungen einzusehen und über die durch die Aufhebung des Blocks geschaffene vollständig unklare Lage zu beraten. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft wird erst morgen zu einer gemeinsamen Beratung über die zu beobachtende Haltung zusammentreten. Um 1 Uhr waren die Blockführer zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler selbst nach dem Reichstagspalais eingeladen worden. Weiter meldet das „Berliner Tageblatt“: „Die Konservativen haben selbst heute früh schon erklärt, daß sie die Aufhebung des Blocks nicht ernst gemeint hätten. Sie wollten den Freisinnigen nur zu Gemüte führen, daß etwas geschehen müsse. Im übrigen hat sich dadurch an der Absicht des Reichskanzlers, die Reichsfinanzreform mit dem Block und nur mit dem Block zu machen, nichts geändert. Was ist der Meinung, daß sich die Blockparteien wieder zusammenfinden würden, wenn von beiden Seiten etwas nachgegeben werde.“

Berlin, 25. März. Der offiziellen Mitteilung des Vorsitzenden der konservativen Reichstagsfraktion an den Abgeordneten Baßermann über ein Zusammenarbeiten mit dem Zentrum in der Frage der Finanzreform ist, wie verlautet, ein Angebot des Zentrums an die Konservativen vorausgegangen, die bestehende Brantweinsteuer nicht nur zu verewigen, sondern durch Versteigerung der Spannung von bisher 20 auf 26 Mark sogar noch zu verstärken, also eine neue neben der alten Liebesgabe zu schaffen. Diejenige Angelegenheit scheinen die Konservativen erlegen zu sein.

Berlin, 26. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt in ihrer heutigen Nummer folgende halbamtliche Erklärung: „Die Presse erregt sich in Vermutungen über die Stellung der Verbündeten Regierungen zu den Reichsfinanzreform betreffenden Beschlüssen der Reichstagskommission. Es verlautet hierzu folgendes: Die Regierungen halten daran fest, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht nur durch die Besteuerung von Genussmitteln, die dem Massenverbrauch unterliegen, sondern auch durch eine allgemeine Belastung des Vermögens aufgebracht werde. Sie lehnen es ab, diese Belastung in der Hauptfache durch Matrifularbeiträge oder sonst in einer Weise zu heben zu lassen, welche die für die eigenen Aufgaben der Bundesstaaten unentbehrlichen Steuerquellen (Einkommensteuer, Vermögenssteuer) angreift. In der Erweiterung der Erbschaftsteuer erblicken sie nach wie vor die zweckmäßigste Form der Vermögensbelastung. Sie vertrauen darauf, daß es gelingen wird, auf der Grundlage ihres Programms in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichstage der Finanznot des Reiches ohne Zeitverlust Abhilfe zu schaffen.“

Berlin, 26. März. Wie der „Total-Anzeiger“ hört, hat sich Unterstaatssekretär v. Voelbel heute vormittag in den Reichstag begeben, um mit den Führern der Blockparteien über die innerpolitische Lage zu verhandeln, wie sie sich durch das Vorgehen der konservativen Reichstagsfraktion gestaltet hat. In unseren maßgebenden Kreisen war schon seit einiger Zeit damit gerechnet worden, daß die Brantweinsteuerfrage im Sinne der Konventionen nur mit Hilfe des Zentrums gelöst werden könne, auch der Reichskanzler hat zu erkennen gegeben, daß er den Freisinnigen in dieser Frage ein Opfer nicht zumuten wolle und also nichts dagegen einzuwenden habe, wenn die Freisinnigen für diesen Fall dem Zentrum und der Rechten das Feld überließen, sofern nur der Block für seine anderen Zwecke zusammenbliebe. Insofern dürfte das scharfe Vorgehen der Konservativen auch den Wünschen des Reichskanzlers nicht entsprechen. In Zentrumskreisen betrachtet man die Kriegserklärung der Konservativen an die Freisinnigen und Nationalliberalen nur als ein Breiheitsmittel, um vom Zentrum eine größere Liebesgabe herauszuwickeln, als von den Freisinnigen zu erwarten sein würde. In parlamentarischen Kreisen gilt die Lage als noch durchaus unklar.

Berlin, 26. März. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft war zu gestern abend zu einer Sitzung einberufen worden, um zur Lage Stellung zu nehmen. Gegenüber der Erklärung des Vorsitzenden der konservativen Reichstagsfraktion, daß diese bereit sei, für eine Finanzreform in ihrem Sinne auch außerhalb des Blocks eine Mehrheit zu finden, sprach die freisinnige Fraktionsgemeinschaft sich einmütig dahin aus, daß durch eine dieser Erklärung entsprechende Haltung der Konservativen die Voraussetzung für ein Zusammenwirken mit der konservativen Partei entfallen. Die Fraktionsgemeinschaft hält an der Forderung fest, daß eine ausreichende Belastung des Vermögens durch Nachschuß der Erbschaftsteuer gesichert ist und daß eine sofortige Herabsetzung der Liebesgaben bei der Brantweinsteuer vorgenommen wird.

Berlin, 26. März. Die „Konservative Korrespondenz“ bringt einen parteiantiklimatischen Artikel, der überschrieben ist „Auf die Flut“. Der Artikel sagt, die Konservativen wollen ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Verfassung. Sie wollen 400 Millionen indirekter Steuern bewilligen, daneben den Besitz durch eine andere Steuer treffen, aber keinesfalls durch eine Erbschaftsteuer! Sie halten ein Fortbestehen des Blocks für möglich, auch wenn die Freisinnigen sich in Sachen der Reichsfinanzreform nicht mit ihnen einverstanden erklären. Sie beziehen sich dabei auf die selbständige Haltung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft in der Polenpolitik.

Alle diese Nachrichten lassen erkennen, daß nicht nur der Reichskanzler, sondern auch die Konservativen bestritten sind, die Blockgemeinschaft nicht in Stücke gehen zu lassen. Es scheint so, als habe Herr v. Normann die große Wunde gegen Bismarck zu früh angezündet. Bismarck muß doch wohl noch fester im Sattel sitzen, als die Junker und ihre heimlich Verbündeten, das Sen-

trum hätte dann zu fr... ein Mißverständnis zu... Angst vor einer Reichs... das hier aufgehoben... die längste Zeit zumam...

Ho

d. Von der Beifäll... der Gemeindeverjamml... oder die Gesehe verles... dem Amtmann mit a u... der Gründe zu be a n... meindorvorstehers beg... lung die K l a g e im Ve... War der Amtmann b... nicht anwendend, so mu... fischsbehörde einholt, e... sammlung veranlassen, eine Zurücknahme des... Sind zum Dienste... erforderlich, so werden... schen Dienstleistu... ernannt, nachdem die... Würdigkeit der anstell... mann hat nur das Rech... den in Betracht komm... fch, betr. die Befegung... mit Militärangewartern... Die Gemeindeverjamml... ob die Anstellung auf L... soll. Ebenso hat sie da...

Was sind nun mechan... läßt sich das Oberver... Mechanische Dienstleistu... verrichtet, die, wie Gen... wärter, lediglich Handl... weder ein für allemal... jedem einzelnen Falle be... ist aber eine solche Tätig... zu rechnen, welche eine g... kenntnis und ein Handels... forbert.“

Auf diejenigen Beam... lediglich zu mechanisch... die Vorschriften wegen d... vorliebers Anwendung...

Diese Beamten sind... wählen und vom Land... p. B. die Polizeibeamten... diese Beamten dagegen... Beamte einer Gemeinde... gestellt, so hat selbstver... Verboten zu wählen. Hat auch die zu gewähren... kann dies entweder durch... durch Beschlußfassung... Wenn somit die Beschli... hinsichtlich der Zahl der... der ihnen zu gewährenden... andererseits der Aufsicht... das Recht zu, nachzuprüf... Dienst ausüben und die... sind. Ergibt sich dabei... Gegenteil, so kann die... Beamten oder die Erhöhu... Anordnung zwangsweise d... wir noch besonders zu p...

Industrie, H

Kl. Gessentirchen und... Arbeiterunfälle im ver... nisch-Wirtal. Zeitung“ d... in der Montanindustrie... „Gessentirchen, Blöhriz... ragen den Säulen, die sich... Stahlwerksverband zu erl... Arbeiterunfälle ist j... wendeln der schwächeren... wiegend wirkt es, daß sic... hat. Für die Gessentir... braucht nicht allzu schw... men, daß der Glaube an... and in der Industrie in... die neue Zeit nicht mehr... Wirtschaftsförderung an ihre... dazu sind schon aufgetru... dieses klare und treffende... Neuerungen vieler Sand... Arbeiterunfälle eine j... wollen. Daß die aufgelo... daß die Bestrebungen der...

Grosser F

Knaben-A

Ein Post

Knaben-Wasc

Verkauf

Staunend billige Neuauslagen unserer Kurzwaren-Woche

Seidene Kleider-Tressen in allen modernen Farben Wert bis 50 f Jedes Meter 19 f	Barmer Feston Meter 3 f Barmer Hohlraum-Feston Meter 5 f Wäschebesatz Meter 1 f Wäschebesatz bunt und weiss Wert bis 12 f Meter 3 f Mangelknöpfe verschiedene Grössen Dtzd. 5 f Mangelknöpfe grosse Nummer Dtzd. 8 f Armblätter mit Gummipatte 9 f Armblätter prima Qualität 25 f Zwirnspitzen Meter 1 f Zwirnspitzen breite Meter 3 f Leinenband 4 Stück 10 f Besatzknöpfe statt 30 f Dtzd. 5 f Tailenband 5 Meter Stück 10 f Breite seidene Bänder in uni und gestreift Meter 48 f	Damen-Tee-Schürzen mit Träger aus prima Waschtstoff Wert bis 1.25 Jede Schürze 68 f Damen-Sommer-Handschuhe Serie I 18 f Serie II 48 f Serie III Wert bis 2.00 75 f Damen-Strümpfe schwarz und vierfarbig Wert bis 1.75 95 und 38 f Kinder-Strümpfe Wert bis 2.00 Serie I 25 f Serie II 48 f Serie III 75 f Besätze schwarz und farbig Wert bis 4.50 Serie I 10 f Serie II 25 f Serie III 48 f Damen-Gummi-Gürtel mit elegantem Schloss Wert bis 2.50 1.25 und 75 f Gummi-Kordel-Gürtel 1 Posten moderne Farben Wert bis 1.00 Stück 35 f
Haargarnituren 3 und 5teilig Jede Garnitur 95 f Wert bis 2.00	Wäschebesatz Wert bis 12 f	
Damen-Taschentücher mit Kante englisch Batist in den neuesten Ausmusterungen Stück 18 f		
Herren-Taschentücher mit Kante englisch Batist in den neuesten Mustern Stück 35 f		
Tüll- und Spachtelstoffe Wert bis 2.50 Jedes Meter 75 f		
Tüll-Jabots mit Goldbesatz Stück 35 f Wert bis 75 f		
Rock-Feston sehr breite la. Qualität Jedes Meter 55 f Wert bis 1.00	100 Stickerei-Unterröcke für Konfirmanden mit breiter Volantstickerei Ser I 4 ⁹⁵ Ser. II 2 ⁶⁷ Ser. III 1 ⁶⁹ Wert bis 8.50	

10000 meter Feston in Madapolam- und Cambrie-Stickerei Jedes Stück enthält 4 1/2 Meter, sowie Doppel-Feston. Serie I 48 f Serie II 65 f Serie III 78 f Serie IV 95 f Serie V 1²⁵ f
--

Günstige
Kaufgelegenheit
für den
Umzug.

Ferner ca. 25000 Meter und ca. 1800 Paar

Gardinen.

Ein Teil
der Ware
ist im
Schaufenster
ausgestellt.

Serie I Schöne geschmackvolle Zeichnungen, vorzügliche Qualität, regulärer Wert bis 45 f , jedes Meter :: 28 f	Serie II Moderne Relief-Gardinen, sehr haltbare Qualitäten, neueste Muster, regulärer Wert bis 89 f , jedes Mtr. 59 f	Serie III Gute und solide Gewebe, sehr gefällige Zeichnungen, regulärer Wert bis 1,10 jedes Meter 78 f	Serie IV Beste und solideste Gewebe, sehr gefällige Zeichnungen, regulärer Wert bis 1,45 jedes Meter 95 f
--	---	---	--

Serie I Schöne geschmackvolle Zeichnungen, vorzügliche Qualität, Fenster 2 Flügel, regulärer Wert bis 4,10 2⁹⁰	Serie II Modern Relief-Gardinen, sehr haltbare Qualitäten, neueste Muster, Fenster 2 Flügel, regulärer Wert bis 7,75 5²⁵	Serie III Gute und solide Gewebe, sehr gefällige Zeichnungen, Fenster 2 Flügel, regulärer Wert bis 10,50 :: :: :: 7⁹⁰	Serie IV Beste und solideste Gewebe, sehr gefällige Künstler-Zeichnungen, Fenster 2 Flügel, regulärer Wert bis 14,50 9⁷⁵
--	--	---	--

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13. BIELEFELD. Niedernstrasse 13.

Nr. 72.

Aus der Stadt

Der ort

Neue ortsbliche Tage
kraft. Die neuen erhöhte
Orten des Regierungsabte
Kreis bzw. Stadt-
Amtsbezirk

Landkreis Bielefeld
Stadtkreis Bielefeld
Kreis Halle
Kreis Herford
1. Stadt Herford
2. übrige Gemeinden d
Kreis Lübbecke
1. Stadt Lübbecke
2. übrige Gemeinden d
Kreis Minden
1. Städte Minden u.
Gemeinden Rehme, M
Eibinghausen u. Dehn
tes Rehme
2. übrige Gemeinden d
Rehme
3. Amt Hausberge
4. Amt Schlüßelbur
hagen und Windheim
5. Amt Döhren und
Kreis Wiedenbrück
1. Stadt und Amt Güte
meinde Rattenjroth
2. Städte Wiedenbrück
Aemter Herzebrod, A
Redenberg (mit Aus
Gemeinde Rattenjroth
3. Amt Verl

Was ist die Bedeutung
Nach § 6 des Kranken
für die Höhe des Kranke
verfügung den Verlicher
geld beträgt dort die Hälfte
aber für unsern Bezirk des
weil Gemeindeverficherung
triebs, Pau. und Innung
üblichen Tagelohns gleich
Höhe des Krankengeldes r
sondern nach dem durchs
Verficherten, für welche di
ihrem wirtlichen Arbeits
Höhe des ortsblichen Tag
ihre Mitglieber. Die leht
tung einer Orts-, Betriebs
zugehören, befreit, wenn
Leistungen gewährt, wie di
art gewähren müßte. Da
verficherung die Hälfte de
sann die Erhöhung des or
dah die Zugehörigkeit zu e
Befreiung vom Zwang, ein
mit sich brachte, nun nicht
Eine Rolle spielt der u
validen- und Unfallverfiche
Bei der Invalidenverfiche
Verficherten zu den Lohn
arbeitsverdienst maßgebend
Sinne des Invalidenverfiche
einer Orts-, Betriebs-, u
Dreihundertfache des durch
lichen Arbeitsverdienstes,
Krankentage der Bemessu
gelbes zugrunde gelegt ist.
weiter wird, falls sie nicht
durchschnittliche Jahresar
waltungsbehörde, für die
geht. Bei den Mitglie

Nicht

Das Ergebnis d
Wir entnehmen der „A
Die näheren Nachrichten
über den großartigen Erf
nants Shalleton hier eing
Expedition nicht bis zum
en einem Punkte halt gen
etwa 175 Kilometer davon
Vage des geographischen
hat ermittelt, daß sich an
Ebene hat Shalleton den
alles ergibt sich aus dem
dungen:

„Evening News“, die
das alleinige Recht erwor
veröffentlichen, meldet aus
sich dem Südpol bis auf un
lich englische. Red.)

Wie „Daily Mail“ mel
nant Shalleton erreichte,
entfernt. Shalleton best
72 Grad 25 Minuten südl.
von Greenwich.

Der wichtigste Teil der
„Daily Mail“ weiter mel
Schlittenreise, auf der 1780
bei 88 Grad 23 Minuten si
Länge umkehrte. An diese
Süden in einer weiten E
Raß, ohne daß Berge zu se
Teil der Expedition bestim
gemachten geologischen Entd
auf die Geschichte des ant
hand von Kohlenlagern for
Teilnehmer der Expedition

Die Le
Ein anschauliches Bild
und Entbehrungen, denen
gibt die nachstehende Mel
Ein Telegramm des
„Daily Mail“ berichtet w
den großen antarktischen
dieses Vulkans hat einen
Weile und ist achthundert
Gafe aus. Die Höhe des

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 72.

Bielefeld, Freitag, 26. März 1909.

20. Jahrg.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 26. März.

Der ortsübliche Tagelohn.

Neue ortsübliche Tagelöhne treten vom 1. April 1909 ab in Kraft. Die neuen erhöhten Sätze betragen in den Kreisen bzw. Orten des Regierungsbezirks Minden u. a.:

Kreis bzw. Stadt- oder Amtsbezirk	Erwachsene		Jugendliche	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Landkreis Bielefeld	3,00	2,00	1,50	1,25
Stadtkreis Bielefeld	3,00	2,00	1,50	1,25
Kreis Halle	2,00	1,50	1,50	1,25
Kreis Verford.				
1. Stadt Verford	2,75	1,90	1,50	1,25
2. übrige Gemeinden des Kreises	2,00	1,50	1,20	1,00
Kreis Lübbecke				
1. Stadt Lübbecke	2,25	1,75	1,30	1,00
2. übrige Gemeinden des Kreises	2,00	1,50	1,30	1,00
Kreis Minden.				
1. Städte Minden u. Dornhausen, Gemeinden Rehme, Niederbergen, Glinzhagen u. Dehme des Amtes Rehme	2,50	2,00	1,80	1,50
2. übrige Gemeinden des Amtes Rehme	2,00	1,50	1,50	1,00
3. Amt Hausberge	2,50	1,80	1,50	1,20
4. Amt Schlüßelburg, Petershagen und Winheim	2,00	1,50	1,25	1,00
5. Amt Dülmen und Sartum	2,50	1,50	1,30	1,00
Kreis Wiedenbrück.				
1. Stadt und Amt Gütersloh, Gemeinde Rattenstrost - Spexard	2,50	2,00	1,50	1,40
2. Städte Wiedenbrück und Hebe, Amt Herzebrod, Rietberg u. Redenberg (mit Ausnahme der Gemeinde Rattenstrost-Spexard)	2,50	1,80	1,20	1,00
3. Amt Verl	2,50	1,60	1,20	1,00

Was ist die Bedeutung dieses ortsüblichen Tagelohns?

Nach § 6 des Krankenversicherungsgesetzes ist er maßgebend für die Höhe des Krankengeldes, welches die Gemeindefürsorgeversicherung den Versicherten zu gewähren hat. Das Krankengeld beträgt dort die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns. Das ist aber für unsern Bezirk deshalb von keiner praktischen Bedeutung, weil Gemeindefürsorgeversicherung nicht existiert. Für Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungsversicherungen ist die Höhe des ortsüblichen Tagelohns gleichgültig, denn bei diesen richtet sich die Höhe des Krankengeldes nicht nach dem ortsüblichen Tagelohn, sondern nach dem durchschnittlichen Tagelohn der Klasse von Versicherten, für welche die Klasse errichtet worden ist oder nach ihrem wirtlichen Arbeitsverdienst. Bedeutung hat aber die Höhe des ortsüblichen Tagelohns für die freien Hilfsklassen und ihre Mitglieder. Die letzteren sind nämlich von der Verpflichtung einer Orts-, Betriebs-, Bau- oder Innungsverpflichtung anzuheben, wenn ihre Hilfsklasse mindestens dieselben Leistungen gewährt, wie ihre Gemeindefürsorgeversicherung. Da nun das Krankengeld der Gemeindefürsorgeversicherung die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns beträgt, so kann die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns die Folge haben, daß die Zugehörigkeit zu einer freien Hilfsklasse, die bisher eine Befreiung vom Zwang, einer anderen Krankenkasse anzugehören, mit sich brachte, nun nicht mehr genügt.

Eine Rolle spielt der ortsübliche Tagelohn auch in der Invaliden- und Unfallversicherung.

Bei der Invalidenversicherung ist für die Zugehörigkeit der Versicherten zu den Lohnklassen der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst maßgebend. Und als Jahresarbeitsverdienst im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes gilt für Mitglieder einer Orts-, Betriebs-, Bau- oder Innungsverpflichtung das Dreihundertfache des durchschnittlichen Tagelohns bzw. des wirtlichen Arbeitsverdienstes, wenn dieser bei der betreffenden Krankenkasse der Bemessung der Beiträge und des Krankengeldes zugrunde gelegt ist. Für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter wird, falls sie nicht einer Krankenkasse angehören, der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst durch die höhere Verwaltungsbehörde, für die Seeleute durch den Reichskanzler festgestellt. Bei den Mitgliedern von Knappschaftskassen soll das

Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes derjenigen Klasse von Arbeitern, welcher der Versicherte angehört, jedoch mindestens der dreihundertfache Betrag des durchschnittlichen Tagelohns zugrunde gelegt werden. Für alle übrigen Personen, mit Ausnahme der Lehrer und Erzieher, z. B. für Dienstmädchen, oder für Angehörige von freien Hilfsklassen ist der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohns maßgebend. Für diese kann daher die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns bewirken, daß sie von dem Tage des Inkrafttretens des höheren Tagelohns in einer höheren Klasse stehen müssen. Wenn z. B. der ortsübliche Tagelohn von 2 auf 3 Mk. erhöht wird, so gehören die Personen, bei welchen der ortsübliche Tagelohn für die Klassenzugehörigkeit maßgebend ist, vom Tage des Inkrafttretens der Erhöhung, der vierten Klasse an und es müssen Marken im Werte von 30 Bfg. für sie gestellt werden, während sie bis dahin zur dritten Klasse gehörten und daher nur 24-Bfg.-Marken haben mußten.

Unerwähnt wollen wir übrigens hierbei nicht die Bestimmung lassen, daß, sofern im Voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und diese höher ist, als der in Betracht kommende Durchschnittsbetrag, diese Vergütung zugrunde zu legen ist.

Ferner kommt in Betracht, daß nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes die Angehörigen einer für Rechnung einer Invalidenversicherungsanstalt in einem Krankenhaus oder Erholungsheim untergebrachten Person ein Viertel des ortsüblichen Tagelohns erhalten, wenn der Versicherte nicht einer Krankenkasse angehört oder bis zum Tage des Eingetretens der Invalidenversicherungsanstalt angehört hat.

Bei der Unfallversicherung spielt der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohns die Rolle der untersten Grenze für die Höhe des der Unfallrente zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes.

Bei versicherten Personen, so heißt es im § 10 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, welche keinen Lohn oder weniger als den dreihundertfachen Betrag des für ihren Beschäftigungsort festgestellten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener Tagelöhner beziehen, gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache dieses ortsüblichen Tagelohns.

Eine entsprechende Bestimmung befindet sich auch im Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft. Ferner ist hier noch zu erwähnen der § 11 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes. Nach diesem sind die Berufsgenossenschaften befugt, auch über den Beginn der 14. Woche hinaus der Krankenkasse die Sorge für den Verletzten zu übertragen. Als Ersatz für ärztliche Behandlung und Arznei hat, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen sind, die Berufsgenossenschaft ein Viertel, bei Unterbringung des Verletzten in einem Krankenhaus drei Viertel des ortsüblichen Tagelohns zu zahlen. Die Beträge, die demnach die Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen zu zahlen haben, werden also infolge der Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns größer werden.

Verband der Friseurgehilfen. Es ist gewiß selten, daß über ein so heikles Thema wie „Beitreibung der Schmutzfunktion“ von der organisierten Kollegschaft verhandelt wird. Daß es den Selbständigen in unserm Gewerbe wirklich nicht ernst ist, etwas für die Aufbesserung ihrer sozialen Lage zu tun, zeigte der schlechte Besuch der öffentlichen Versammlung am Dienstagabend. Kollege Langer gab zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung des Gewerbes. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß bei allen Anwesenden, Meister wie Gehilfen, der Gedanke der Organisation immer mehr Platz greifen müßte, denn festgestellte Organisationen wären das einzige Mittel zur Bekämpfung der Schmutzfunktion. In der Diskussion führte Kollege Wille aus, daß es vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gar nicht angebracht sei, daß die organisierte Gehilfschaft für die Meister die Kassen aus dem Feuer holt. Auch er glaubt, daß es nur durch gute Organisationen auf beiden Seiten möglich sein würde, die jetzige Lage zu bessern. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Friseurgehilfen erklärt nach den Darlegungen des Referenten, daß die von einzelnen Arbeitgebern geübte Schmutzfunktion dazu ansetzt, die soziale Lage der Gehilfen und des ganzen Berufes einschließlich der Arbeitgeber zu schädigen. Sie erwartet aber auch von den anwesenden Herren Arbeitgebern, daß sie für einen Ausbau ihrer Organisation Sorge tragen werden, um auf der Grundlage von Verträgen zwischen beiden Organisationen die Schmutzfunktion auszuschalten.“

Der Verein für Feuerbestattung (Zweigverein Bielefeld) hatte für Mittwochabend nach dem Saale der Gesellschaft „Eintracht“ zu einem Vortrag des Herrn Dr. Weigt aus Hannover über den gegenwärtigen Stand der Feuerbestattung eingeladen, und es waren wohl gut 150 Personen erschienen, die den interessanten Ausführungen des Referenten, der hier in Bielefeld schon mehrfach gesprochen, mit Aufmerksamkeit lauschten. Zunächst gab Herr Dr. Weigt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Hoffnung, auch in Preußen siehe der Feuerbestattung gleiches nichts im Wege, weshalb in Hagen ein Krematorium gebaut, das fix und fertig sei, aber nicht benutzt werden dürfe, weil das Oberverwaltungsgericht in Berlin wider Erwarten anders entschieden habe, sich nicht erfüllt hat. Es sei jetzt Aufgabe der Feuerbestattungsvereine, mit verdoppeltem Eifer für die faktische Feuerbestattung zu agitieren, denn was in allen anderen deutschen Bundesstaaten erlaubt sei, könne auch auf die Dauer in Preußen und Bayern nicht verboten bleiben. Begründete Aussicht sei vorhanden, daß im preussischen Landtag in der nächsten Tagung ein Gesetzentwurf von der Regierung selbst eingebracht werde, wonach diese Materie geregelt werde. Redner besprach dann die allgemeinen Gründe, die gegen die Feuerbestattung vorgebracht wurden, um dann speziell auf den auch von den Freunden der Feuerbestattung als höchst wichtig anerkannten und hauptsächlich von juristischer Seite erhobenen Einwand, durch die Verbrennung würden alle Spuren zur eventuellen Aufdeckung eines Verbrechens vernichtet, näher einzugehen. Ausgrabungen fanden nur höchst selten statt, auf 600 000 Beerdigungen komme erst eine Ausgrabung und von 10 dieser Ausgrabungen würden 9 wegen Umbettung in ein Erdbegräbnis und nur eine wegen Verdachts der Vergiftung vorgenommen. Professor Dr. Baumert in Halle a. S. gebühre das Verdienst, festgestellt zu haben, daß man auch noch bei den Auktionen von verbrannten Leichen eventuelle Vergiftungen nachweisen könne, außer von Pflanzengiften herrührend, die man aber auch bei beerdigten Leichen schon nach 14 Tagen nicht mehr mit Bestimmtheit feststellen könne, da dann alle Leichen Pflanzengifte aufwiesen. Nach dieser Beweisführung habe auch die sächsische Regierung ihren Widerstand aufgegeben und durch Gesetz vom 29. Mai 1906 die faktische Feuerbestattung zugelassen. Im Krematorium in Chemnitz seien im vorigen Jahre 264 Leichen verbrannt worden, dadurch an Zahl die ältesten Krematorien von Gotha und Hamburg bedeutend überfüllt und der Beweis erbracht, daß für Sachsen die Feuerbestattung eine Notwendigkeit war. Die Verbrennungen haben um 50 Prozent jährlich zugenommen, in diesem Jahre werde wohl die Zahl 5000 überschritten werden. Nach dem Redner alle Einwände gegen die Feuerbestattung auf ihren wahren Wert zurückgeführt hatte, ging er auf die Vorzüge der Feuerbestattung ein, hauptsächlich die hygienischen hervorhebend. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Feuerbestattung komme in erster Linie den Gemeinden zugute, die nicht mehr gezwungen wären, riesige Summen für Friedhofsterrains auszugeben; aber auch den einzelnen würden die Bestattungskosten weit weniger drücken, wenn erst in jeder Stadt ein Krematorium wäre; denn dann würden die Kosten für die Verbrennung bedeutend niedriger wie die für einen Begräbnisplatz sein, oder auch die Kommune werde alle Kosten der Einäscherung tragen, wie z. B. in Stuttgart, und doch nicht höher belastet werden wie durch die jetzige Beerdigungsweise. Alsdann besprach Dr. Weigt die ethische und ästhetische Seite der Feuerbestattung im Vergleich zu der Beerdigung und kam zu dem Schluss, daß auch in dieser Beziehung der Feuerbestattung der Vorrang gebühre.

Nach einer Pause wurden die Ausführungen des Referenten durch eine große Anzahl Lichtbilder veranschaulicht und erläutert und manchem Vorurteil der Boden entzogen. Die 17 deutschen im Betrieb befindlichen Krematorien wurden gezeigt, auch eine Reihe von Bestattungsarten verschiedener Völker und mehrere Urnenheime und -hallen. Alles in allem war es ein sehr interessanter und lehrreicher Abend und es war nur zu bedauern, daß nicht ein noch größeres Auditorium vorhanden war. Jeder Besucher erhielt den Jahresbericht des Feuerbestattungsvereins Hannover, worin außer dem Vereinsberichte verschiedene wertvolle Aufsätze enthalten sind.

Zum Schluss forderte der Vorsitzende des hiesigen Zweigvereins, Herr Sanitätsrat Dr. Claus, die Anwesenden auf, Mitglieder zu werden und sich entweder in die ausgesetzte Liste einzutragen oder die im Jahresberichte liegenden Beitrittskarten zu benutzen und dem Vorstande einzuhändigen.

we. Vortragsabend im Gewerbeverein. Gestern abend sprach Herr Professor Paul Schulze aus Kassel im Saale des alten Rathauses über Gewebemuster früherer Jahrhunderte vor leider nicht sehr zahlreichen Zuhörern, die den interessanten

Nicht am Südpol.

Das Ergebnis der Shackleton-Expedition.

Wir entnehmen der „Berliner Volkszeitung“:

Die nähere Nachrichten, die während der Nacht aus London über den großartigen Erfolg der Südpolar-Expedition des Leutnants Shackleton hier eingehtreffen sind, lassen erkennen, daß die Expedition nicht bis zum Südpol selbst vorgebrungen ist, sondern in einem Punkte halt gemacht hat und umgekehrt ist, der noch etwa 175 Kilometer davon entfernt ist. Jedenfalls aber ist die Lage des geographischen Südpols festgestellt worden, und man hat ermittelt, daß sich an dieser Stelle eine Landmasse befindet. Ebenso hat Shackleton den magnetischen Südpol bestimmt. Das alles ergibt sich aus den nachfolgenden telegraphischen Meldungen:

„Evening News“, die Abendausgabe der „Daily Mail“, die das alleinige Recht erworben hat, den Bericht Shackletons zu veröffentlichen, meldet aus authentischer Quelle, Shackleton habe sich dem Südpol bis auf ungefähr 100 Meilen genähert. (Natürlich englische Meilen.)

Wie „Daily Mail“ meldet, ist der südlichste Punkt, den Leutnant Shackleton erreichte, hundert und elf Meilen vom Südpol entfernt. Shackleton bestimmte den südlichen Magnetpol auf 72 Grad 25 Minuten nördl. Breite und 154 Grad östlicher Länge von Greenwich.

Der wichtigste Teil der Expedition Shackleton bestand, wie „Daily Mail“ weiter meldet, in einer 126 Tage währenden Schlittenreise, auf der 1780 Meilen zurückgelegt wurden, bis man bei 88 Grad 23 Minuten nördlicher Breite und 162 Grad östlicher Länge umkehrte. An diesem Punkte erstreckte sich das Land nach Süden in einer weiten Schneefläche, in einer Höhe von 9000 Fuß, ohne daß Berge zu sehen waren. Ein anderer, abgeleiteter Teil der Expedition bestimmte den magnetischen Südpol. Die gemachten geologischen Entdeckungen werfen ein bedeutames Licht auf die Geschichte des antarktischen Kontinents. Auch der Bestand von Kohlenlagern konnte nachgewiesen werden. Sämtliche Teilnehmer der Expedition sind zurückgekehrt.

Die Leiden der Forscher.

Ein anschauliches Bild von den furchtbaren Anstrengungen und Entbehrungen, denen die kühnen Männer ausgesetzt waren, gibt die nachfolgende Meldung aus London:

Ein Telegramm des Südpolarforschers Shackleton an die „Daily Mail“ berichtet weiter, daß ein Teil seiner Expedition den großen antarktischen Vulkan Erebus besichtigte. Der Krater dieses Vulkans hat einen Durchmesser von einer halben englischen Meile und ist achthundert Fuß tief. Er stößt Wasserdämpfe und Gase aus. Die Höhe des Vulkans beträgt 2000 Fuß. Die

Expedition bewegte sich vierhundert Meilen südwärts über das Eis der See. Sie verließ Cape Royal am 29. Oktober und rückte unter beständiger Todesgefahr über eine Decke von weichem Schnee vor, die sich über die Abgründe spannte. Die kleinen mandelförmigen Berge litten an Schneeeinbreiten. Mehrere mußten erschossen werden. Auf den letzten drei Graden ihres Vorrückens mußte die Expedition ihre Lagerplätze auf zwanzig Lagen herabschieben. Sie hatte mit heftigen Schneestürmen zu kämpfen. Die Kälte erreichte 27 Grad Fahrenheit (gleich 32 Gr. Celsius). Red., so daß die Mitglieder in ihren Schlafjahren sehr unter Frost zu leiden hatten. Am 26. Dezember befand man sich unter 88 Grad 23 Minuten nördlicher Breite auf einer Höheebene, zehntausend Fuß über dem Meer. Auf der Rückreise litten die Mitglieder der Expedition infolge des Genusses von Ferkelfleisch unter Diarrhoe. Am 27. Februar wurden zwei Teilnehmer in einem Lager zurückgelassen. Shackleton und ein Begleiter gingen weiter, um den „Rimob“ zu suchen, den man mit Hilfe des Heliographen auffand. Shackleton glaubt, daß der Südpol auf der zehntausend Fuß über dem Meer befindlichen Höheebene liegt.

Die Expedition hat auch eine neue Reihe von Küstenbergen entdeckt, die unter 69 Grad und 48 Minuten nördlicher Breite und 166 Grad östlicher Länge liegen. Unter Starbunt hatte die Expedition überhaupt nicht zu leiden. — Ein anderer Teil der Expedition hat die Küste von der Mac Murdochstraße bis zum Dringal-Winkel trigonometrisch festgestellt.

Aus all dem geht hervor, daß die Rimob-Expedition Shackletons eine der erfolgreichsten aller Polar Expeditionen ist, und daß der Name ihrer Führer fortan unter den Polarforschern an erster Stelle steht. Das Ergebnis seiner Reise bildet einen Meilenstein in der Polarforschung und in der Geschichte der Erbschreibung überhaupt.

Die Geschichte der Südpolar Expeditionen.

Die Erforschung der Antarktis hat später eingelegt als die des Nordpols, da die hoch nach Norden ragende bewohnte Welt schon früh inseländische und norwegische Seefahrer über den Polarkreis trieb. Die Geschichte des Südpols steht mit dem großen Cool in der auf seiner zweiten Weltumsegelung von 1772-1775 feststellte, daß in gemäßigter Breite (71. Grad) kein südlicher Kontinent vorhanden sei. Schon von dieser ersten Fahrt von Bedeutung an haben die Engländer den wichtigsten Anteil an der Erforschung des Südpolargebietes. Englische Robbenjäger entdeckten am Anfang des 19. Jahrhunderts zahlreiche wichtige Inselgruppen. Einer von ihnen, Weddell, kam in dem östlich der Shetlandsinseln gelegenen, nach ihm benannten Meer bis zum 74. Grad. Anfang der vierziger Jahre hatte der Engländer Ross einen bedeutenden Erfolg; in drei mutigen Vorstößen entdeckte er das vulkanische Viktorialand und kam bis zum 78. Grad in die

Nähe des magnetischen Südpols; fast gleichzeitig gewann der Franzose d'Urville ähnliche Resultate. Nach der Forscherfahrt des Deutschen Dallmann (1873) trat eine Erklammerung des Interesses ein; in der Mitter der neunziger Jahre aber wurde der alte Plan von verschiedenen Nationen wieder aufgenommen, und langsam konnte ein Breitengrad nach dem anderen „genommen“ werden. Der Norweger Borchgrevink, der auch später wichtige Erfolge errang, konnte zuerst die Landung auf antarktischen Festland bewerkstelligen; der Belgier de Gerlach drang in den Palmer-Archipel ein und war als der erste zu einer Ueberwinterung in der südlichen Eiswelt gezwungen.

Nun regte sich auch in Deutschland ein starkes Interesse für die Südpolarforschung; die geographischen Forscher, vor allem Neumayer, traten für eine energische wissenschaftliche Arbeit in dem unfruchtlichen Gebiet ein, und auf dem Bremer Geographentage von 1895 wurde die deutsche Kommission für Südpolarforschung eingesetzt. Der deutschen Borchgrevink-Expedition glückte die Wiederentdeckung der Bonaparteinsel, dann brachte die von Kaiser und der Reichsregierung unterstützte große „Gauß“-Expedition unter Führung Dringalss bedeutende Resultate (1901-1903). Ueber die Kerguelengruppe drang sie nach Süden vor, fand ein unbekanntes Land, das Kaiser Wilhelm II. Land getauft wurde, und unternahm ausgedehnte Schlittenreisen. Sie wurde vom Eise eingeschlossen und betrieb fast ein Jahr lang wissenschaftliche Forschungen. Ein hervorragender Teilnehmer, Engenberger, erlag der Beriberikrankheit. Der Engländer Scott erreichte 1902 auf der „Discovery“ im Viktorialand den weitesten Punkt: 82 Grad 17 Minuten — an dieser Fahrt hatte schon Shackleton teilgenommen. Von schweren Schicksalen wurde die norwegische Expedition von Otto Nordenskiöld im selben Jahre heimgeführt; aus gefährlicher Lage konnte diese letzte Expedition von Bedeutung durch ein argentinisches Kriegsschiff befreit werden.

Shackletons Südpolarfahrt.

Der Ruhm der „Discovery“-Unternehmung hatte den englischen Marineoffizier Shackleton nicht ruhen lassen. Er plante bald einen energischen Zug in die ferne Südmerezone. Am Neujahrstage des vorigen Jahres brach er von Island auf Neuseeland mit einem alten Walfischjäger auf, der seine Leibeskräfte dabei, aber in vielen Strapazen erprobt war! Der Stab der Expedition bildeten der Kapitän England und der Schiffsmechaniker Dunlop. Als Operationsgebiet wurde von Shackleton König Edward VII.-Land gewählt, weil er hoffte, von dort aus neue Gebiete erschließen zu können. Die Expedition des Engländers zählte insgesamt 28 Männer, von denen 12 die „Landtruppen“ bildeten. Diesen fiel natürlich die Hauptaufgabe zu.

Der Plan für das Unternehmen war so gedacht: Der ant-

und lehrreichen Ausführungen aufmerksam zuhören. Der von zahlreichen Lichtbildern unterstützte Vortrag gab einen klaren Überblick über die Entwicklung der Gewebekunst unter dem Einfluss der verschiedenen religiösen und weltlichen Anschauungen der verschiedenen Länder und Zeiten. Die Grundzüge des Vortrags seien im nachfolgenden wiedergegeben. Die ältesten aus den Größern Ägyptens hervorgehobenen Stücke der Webekunst mögen 6000 Jahre alt sein. Wir finden auf ihnen Darstellungen von Pflanzen und Tieren, die den Ägyptern heilig waren, Äpfel, des Stieres, des Ibis und der Brillenschlange. Wir finden ferner den als Ornament verwandten Granatapfel, der sich durch die Jahrhunderte erhalten hat und sich in der Symbolik des Christentums wiederfindet. Charakteristisch für die Webekunst des alten China sind ornamentale verwebte Wellen und Wolken, Lotusblumen, phantastische Tierformen und besonders der als Sinnbild höchster Weisheit geltende Drache. Der Ausgangspunkt für europäische Kultur ist Griechenland. Nicht nur an den aus Gräbern hervorgehobenen Funden, sondern auch aus den literarischen Notizen, z. B. aus Ovids Beschreibung der griechischen Webekunst erkennen wir die Bedeutung der damaligen Weberei. Von römischen Stoffen ist fast nichts erhalten geblieben. Dagegen finden wir in den Totenfeldern Ägyptens, auf denen die Seele der Toten ihre Toten begrub, sehr gut erhaltene Stücke. Die Ägypten wickelten ihre Toten nicht in Leinen, sondern begruben sie in den Kleibern, die sie im Leben trugen. Diefem Umstände verdanken wir viele wertvolle Dokumente aus grauer Vorzeit. Die Erzeugnisse der persischen Weberei sind in Bindung und Material sehr fein. Wir werden wohl schneller, aber noch nicht viel besser wie damals. In Byzanz entwickelte sich die Seidenweberei unter Justinianus zu hoher Blüte. Ein Muster aus dem Grabe Karls des Großen zeigt vollendete Technik. Die mohammedanischen Völker bedeckten ihre Gewebe mit Schriftzeichen. In Palermo stand die Weberei in hoher Blüte. Ende des 13. Jahrhunderts entwickelte sie sich auch in anderen Städten Italiens. Im Mittelalter werden prächtige Kleider bezeugen. Die im 15. Jahrhundert noch herrschenden Tiermuster werden nach und nach durch den Granatapfel, dieser später durch die Rose verdrängt. Am Ende des 16. Jahrhunderts kommt die eng anliegende, straff gespannte spanische Tracht in Mode, die kleinere Muster verlangt. Mit dem Eintritt Frankreichs in die Kunstgeschichte unter dem prächtigen Ludwig XIV. entfaltet sich die Spitzenmode. Herren und Damen trugen Spitzen. Unter Ludwig dem Fünfzehnten werden die Motive schwallig, unter Ludwig dem Sechzehnten zeigt die Webekunst ganz den schwächlichen und süßlichen Charakter der damaligen Zeit. Es war die Zeit des Rokoko, wo Bänder und Rosensträußen Mode waren. Unter dem Einfluss der Pompadour entstanden neue Motive. Auf die Zeit des Empire folgte die Biedermeierzeit, die ihre Motive dem Rokoko entnahm, aber nicht die Grazie desselben besaß. Mit der Einführung der Jacquardmaschine im Jahre 1802 entstand eine Technik, die die Webekunst naturhistorischer Muster ermöglichte. Das war vom Uebel. Die plastische Form darf nicht auf die Fläche übertragen werden. Mitte des vorigen Jahrhunderts war der Stil sehr schlecht, er wurde besser, als man auf der Weltausstellung in London im Jahre 1851 die Vorzüge der orientalischen Flächenbehandlung erkannt hatte, die auf die Entwicklung unseres modernen Stiles, den Herr Professor Schulze zum Gegenstand eines besonderen Vortrages zu machen gedankt, von großem Einfluss gewesen ist.

— **Geschenk für den Verschönerungsverein.** Die hiesige Gewerbank hat auch in diesem Jahre dem Verschönerungsverein 150 Mk. als Geschenk überwiesen und verdient damit den Dank aller, welchen die uneigennützigste Tätigkeit des Vereins zugute kommt.

— **Stadtheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Morgen (Sonntag) geht „Götter von Verdingungen mit der eisernen Hand“ mit Herrn Direktor Verkl in der Titelrolle zu kleinen Breiten in Szene. Max Dreyers hochinteressantes Schauspiel „Der Probelandwirt“ geht Sonntagabend in Szene. Es ist dies gleichzeitig das erste Wiederanstreten des beliebten Komikers Wolf Seiberling nach langem schweren Krankenlager. Herr Seiberling hat Dienstag sein Benefiz; er spielt den Lubowski in Wolf Arranges Lustspiel „Dr. Klaus“.

— **Gesangverein Gadderbaum.** Am Sonntag, 28. d. M., feiert der Gesangverein Gadderbaum sein 19. Stiftungsfest in Brinkhofs Tonhalle durch Konzert, Theater und Ball unter gütiger Mitwirkung mehrerer anderer Vereine.

— **Wohnungswechsel.** Aus Anlaß des bevorstehenden Wohnungswechsels wird darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Mündungsfrist (1. Tag des Vierteljahres) für größere Mietwohnungen derart verlängert ist, daß es dem abziehenden Mieter gestattet ist, außer dem eigentlichen Umzugstage zur Vornahme der Mündung auch noch den folgenden Tag mitzubewohnen. Dem anziehenden Mieter muß jedoch am Abend des Umzugstages um 8 Uhr mindestens ein heizbares Zimmer nebst Küche zur Verfügung gestellt werden. Als größere Wohnungen sind solche Wohnungen anzusehen, welche außer Küche und sonstigen Nebenräumen noch aus mindestens 3 Wohn- oder Schlafräumen bestehen.

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Verstopfen von Ofenschorn mit brennbaren Stoffen feuergefährlich und polizeilich verboten ist. Ein gleiches gilt für das Überkleben der Ofenschorn mittels Tapeten. Vor den Feuerungen (Ofen pp.) ist der Fußboden mit einem genügend großen Schutzblech gegen herausfallende Kohlenstücke zu schützen.

— **Unfall.** Gestern nachmittag verunglückte in der Maschinenfabrik von Dürlop (Mollstr.) der Schraubenbreher Eiser von hier am Schleifstein; es wurden ihm zwei Finger der linken Hand derart zerquetscht, daß ihre Amputation erforderlich wurde.

Versammlungen.

- Vielefeld.** Soziald. Verein, 14. Bezirk. Sonntag, 28. cr., vormittags 10 Uhr, bei Bedmann: Besprechung.
— **Tabakarbeiterverband.** Sonntag, 28. März, nachmittags 3 Uhr, bei Hannemann: Versammlung.
Arnsberg. Soziald. Verein. Sonnabend, 27. März, bei Schröder: Versammlung. Vortrag des Genossen Köhmann-Vielefeld über „Der Konflikt auf der Balkanhalbinsel“.
Niederbessen. Soz. Verein. Sonnabend, 27. März, abends 9 Uhr, bei Küster: Versammlung.
Schömar. Gewerkschaftskartell. Sonntag, 28. März, nachmittags 3½ Uhr, bei S. Bider. Debatte: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Max Sachs-Vielefeld über Alkoholfrage und Arbeiterfrage.
Altheim. Gewerkschaftskartell. Sonntag, 28. März, vormittags 11½ Uhr, bei G. Herms: Öffentliche Ver-

sammlung. Vortrag über „Ist die Alkoholfrage eine soziale Frage?“
Münster. Arbeiter-Abstinenzbünd. Sonntag, 28. März, nachmittags 5 Uhr, bei Brinkmann: Versammlung.
Aufent an die gesamte Arbeiterschaft von Herford und Umgegend.
Zu der am Sonntag, 28. März, im Schützenberge hier stattfindenden Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer fordern die unterzeichneten Körperschaften die Arbeiterschaft auf, aus allen Nachbarorten in derselben zu erscheinen.
Angesichts der schweren Zeit, in welcher sich die gesamte Tabak-Industrie befindet, muß das Volkes Notgefühl an die Staatsbehörden dringen. Da das Elend unter den Tabakarbeitern jetzt schon ein großes ist, würde dieses durch Annahme des Gesetzes geradezu unerträglich werden. Tausende von Existenzen würden vernichtet werden. Dieses Unheil zu verhindern, muß das Volkes heiligste Pflicht sein.
Eingedenk der wichtigen Situation darf erwartet werden, daß jeder Arbeitssollege und Parteigenosse an dieser Massenprotestversammlung teilnimmt.
Reichstagsabgeordneter Severing hat sein Erscheinen zu der Versammlung zugesagt.
Die Parteileitung des Kreises Herford-Halle.
Der Ausschuss des Gewerkschaftskartells.
Christlicher Terrorismus.
In Mennighüffen hat ein Zigarrenarbeiter die Vertretung einer Feuerversicherung. Der Arbeiter ist weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert. Zu seinen Versicherungen gehören auch einige „christliche“ Arbeiter. Diesen ist nun bekannt geworden, daß er sich hier und da etwas frei ausgesprochen hat. Die Herren „Christen“ haben darauf der Versicherungsdirektion mitgeteilt, daß ihr Agent Sozialdemokrat sei. Wenn sie denjenigen als Agent behielten, würden sie ihre Versicherung kündigung. Tatsächlich haben auch, als die Direktion den Agenten weiterbehielt, einige dieser „Christen“ gekündigt. Bevor die christliche Agitation in Mennighüffen einsetzte, kannte man dort solche Verheißung nicht. Bei den „Christen“ gilt der Grundsatz: „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein.“

Sammlung. Vortrag über „Ist die Alkoholfrage eine soziale Frage?“

Münster. Arbeiter-Abstinenzbünd. Sonntag, 28. März, nachmittags 5 Uhr, bei Brinkmann: Versammlung.

Aufent an die gesamte Arbeiterschaft von Herford und Umgegend.

Zu der am Sonntag, 28. März, im Schützenberge hier stattfindenden Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer fordern die unterzeichneten Körperschaften die Arbeiterschaft auf, aus allen Nachbarorten in derselben zu erscheinen.

Angesichts der schweren Zeit, in welcher sich die gesamte Tabak-Industrie befindet, muß das Volkes Notgefühl an die Staatsbehörden dringen. Da das Elend unter den Tabakarbeitern jetzt schon ein großes ist, würde dieses durch Annahme des Gesetzes geradezu unerträglich werden. Tausende von Existenzen würden vernichtet werden. Dieses Unheil zu verhindern, muß das Volkes heiligste Pflicht sein.

Eingedenk der wichtigen Situation darf erwartet werden, daß jeder Arbeitssollege und Parteigenosse an dieser Massenprotestversammlung teilnimmt.

Reichstagsabgeordneter Severing hat sein Erscheinen zu der Versammlung zugesagt.

Die Parteileitung des Kreises Herford-Halle.
Der Ausschuss des Gewerkschaftskartells.

Christlicher Terrorismus.

In Mennighüffen hat ein Zigarrenarbeiter die Vertretung einer Feuerversicherung. Der Arbeiter ist weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert. Zu seinen Versicherungen gehören auch einige „christliche“ Arbeiter. Diesen ist nun bekannt geworden, daß er sich hier und da etwas frei ausgesprochen hat. Die Herren „Christen“ haben darauf der Versicherungsdirektion mitgeteilt, daß ihr Agent Sozialdemokrat sei. Wenn sie denjenigen als Agent behielten, würden sie ihre Versicherung kündigung. Tatsächlich haben auch, als die Direktion den Agenten weiterbehielt, einige dieser „Christen“ gekündigt. Bevor die christliche Agitation in Mennighüffen einsetzte, kannte man dort solche Verheißung nicht. Bei den „Christen“ gilt der Grundsatz: „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein.“

* **Salle, 25. März.** Der unter dem Verdacht, der flüchtige Postkassierer Kühnemann zu sein, vorgestern Verhaftete ist wieder entlassen worden, da sich der Verdacht nicht bestätigte.

* **Salle, 25. März.** Unerträgliche Zustände für die in den Gebäuden der alten Spinnerei (siehe Nr. 11) beschäftigten Arbeiter bestehen in den Abtrittverhältnissen. Alle dahingehenden Beschwerden an die Stadt sind bis jetzt fruchtlos geblieben; wir hoffen, daß durch diese Zeilen von maßgebender Stelle Abhilfe geschaffen wird.

* **Salle, 25. März.** Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten sind nachrichtig, daß hier eine Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes gegründet worden ist. Die organisierten Genossen und Gewerkschaftler werden ersucht, unsere Bestrebungen zu unterstützen. Die Gewerkschaften wollen von dem Vortragsangeboten der Gauleitung in Viefeld Gebrauch machen. Anmeldungen zum Beitritt nehmen entgegen: Julius Hinte, Wallgerstr. 450, und Paul Möller, Bergerstr. 12.

* **Salle, 25. März.** Der bisherige Großherzoglich-sächsische Verfassungsdirektor Dr. Walter Heß ist als beabsichteter Beigeordneter (2. Bürgermeister) der Stadt Herford auf 12 Jahre bestätigt worden.

* **Salle, 25. März.** Zum Konkurs der Firma Duenin u. Sellwig bemerkt die „Allg. General-Anzeiger“: Auch hier sieht man wieder, daß die von gewissen Zeitungen beliebte Praxis, durch Schlenkerpreise Angelegenheiten zu ergattern und jede Angelegenheit unbefehlig zu jedem ihnen gebotenen Schlenkerpreise aufzunehmen, nicht nur das reelle Gewerbe schädigt, sondern sie sich selbst dabei zugrunde richten.

* **Salle, 25. März.** Am Montag sind hier die Arbeiter der Zigarrenfabrik Koch (Stiftsberg) in einen Abwehrstreik getreten. Noch glaubt schon jetzt, den durch die drohende Steuer geschaffenen wirtschaftlichen Druck in der Tabakindustrie zur Verhinderung der ohnehin bei ihm nicht guten Arbeitsverhältnisse auszuheben zu können. Er entzog seinen Arbeitern das ausgeübte Debit, welches sie bis jetzt erhielten. Da circa 3½ Pfund Blatt zu einem Mille gebraucht werden, konnten die Arbeiter sich diese Verhinderung nicht gefallen lassen. Da alles Verhandeln nutzlos war, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Vor Zugung wird gewarnt.

* **Salle, 25. März.** Und noch mal die Baukener Krankenkasse. Ein hiesiges Mitglied dieser Kasse war erkrankt und sandte seinen Behandlungsschein über die Krankheitsdauer von 24 Wochen ein. Das Mitglied erhielt hierauf folgendes recht bezeichnende Schreiben:

„Wir gelangten in den 15. März d. d. Verhandlungsscheines und teilen Ihnen in Erledigung desselben mit, daß Sie Krankengeld vom 28. bis 31. Dezember = 4 Tage à 3 Mark = 12 Mark zu erhalten haben. In unseren Heften finden wir jedoch, daß die Monate September, Oktober, November und Dezember noch offen stehen und Ihnen demzufolge der Einzahlung wegen die Beitrags-Ruhtungen für die oben genannten Monate.“

Laut uns unterbreiteter Quittungen sind aber die Beiträge für September, Oktober und November an den Kassier D. in Viefeld gezahlt worden. Die Kassierin dürfte deshalb mit ihren originellen Einzahlungs-Bestrebungen diesmal nicht durchkommen. Wie die Kasse dazu kommt, aus einem Behandlungsschein über 24 Tage ganze 4 Tage herauszurechnen, bleibt einweisen noch Geheimnis. Das empörende bei der Sache ist aber, daß das Mitglied bis heute, nach einem Vierteljahre, noch keinen Heller Krankengeld bekommen hat. Um die Geschäftspraktiken dieser Kasse zu verstehen, muß man einmal die ganze Einrichtung einer Prüfung unterziehen. Die Baukener Krankenkasse hatte im Jahre 1906 eine Einnahme von 110 496 Mark zu verzeichnen. In der Ausgabe verwendete sie

für Ärzte und Arznei	1168 M
„ Krankengeld	21 108 „
„ Sterbegeld	153 „
„ Kurkosten	101 „
„ Verwaltung	22 530 M
a) persönliche	54 115 „
b) sachliche	10 943 „
	65 058 „
	87 588 M

65 058 Mark kostet also der Kasse die Verwaltung. Das sind 60 Prozent der gesamten Einnahmen und circa 75 Prozent der Ausgaben.

Wenn wir demgegenüber feststellen, daß die Ortskrankenkassen in Deutschland im Durchschnitt nur 6½ Prozent an Verwaltungskosten aufwenden, so erscheint der Betrag von 65 058 Mark der Baukener Krankenkasse als geradezu ungeheuerlich. Verdingen die Beamten der Kasse eine derartige Miensumme, dann ist es kein Wunder, wenn nichts übrig bleibt, um den erkrankten Mitgliedern die Krankengelder zu zahlen. Angesichts dieser Tatsachen und der gemachten Erfahrungen können wir den Arbeitern nur raten, solchen Krankenkassen fern zu bleiben.

* **Detmold, 24. März.** Lippischer Landtag. Die Verhandlungen des Landtags waren in voriger Woche ausgefallen, weil der Sitzungssaal vom Schornstein geräuchert wurde. Gestern begannen sie wieder. Von den Eingaben sind bemerkenswert die aus der Gemeinde Chrentrop und die einiger Herren vom Lande (dem Anschein nach konservative Bauern).

Die Eingabe aus Chrentrop ist besonders interessant, weil sie zeigt, wie auch gegebene Körperschaften oft hinter das Licht geführt werden können. Der Landtag hat dem Verlangen der Regierung entsprochen und die Genehmigung zur Bildung eines neuen Schulbezirks in jener Gemeinde gegeben, nachdem von allen Seiten während der Verhandlung erklärt war, daß die Bewohner des Schulbezirks — worauf es natürlich in erster Linie ankommt — mit dem Plane der Regierung durchaus einverstanden wären. Nun kommt an den Landtag eine Eingabe aus eben demselben Bezirk mit über 100 Unterschriften, und darin wird gegen den Beschluß des Landtags entschieden protestiert unter Darlegung der in Betracht kommenden Verhältnisse. Man sieht also vor der Tatsache, daß die früher gemachten Angaben über die Einstimmigkeit der direkt Interessierten einfach falsch gewesen sind. Gerade diese Angaben aber haben die schwankenden Mitglieder des Landtags bestimmt, ihre Beschlüsse zurückzustellen und der Vorlage zuzustimmen. Es zeigt sich daran wieder, wie vorsichtig solche Erklärungen über die Wünsche der Interessenten behandelt werden müssen. Was aus der Sache selbst noch werden soll, ist vorläufig fraglich, da ein endgültiger Beschluß des Landtags vorliegt. Die andere Eingabe kommt aus konservativen Kreisen und empfiehlt dem Landtag, eine Einkommensteuer einzuführen in der Weise, daß jeder Abnehmer einer Zeitung monatlich 10 Pfennig bleibe soll. Der lippische Staat könne dann auf eine Einnahme von circa 60 000 Mark rechnen, die er bei den schlechten Zeiten sehr gut gebrauchen könne. Man sieht es dem Vorschlag an, daß ein einfältiges Gemüt von Lande ihn ausgedacht hat. Der Landtag überwiegt die Eingabe einem Ausschusse, woraus sie mit dem Antrage auf Uebertragung zur Tagesordnung vielfach wieder vorkommen wird. In 3. Lesung wurde danach der Liberalertrag mit der Bauernkassendampfung in Hannover genehmigt. Es haben darüber verschiedene vertrauliche Sitzungen stattgefunden, in denen versucht worden ist, noch mehr als vorgesehen war, für die Staatskasse herauszufinden, aber wenn auch Verbesserungen erreicht sind, so sind die Geldbeträge, die gleich zu leisten sind, doch nicht erhöht worden. Eine wesentliche Veränderung besteht darin, daß der Unternehmer schon im ersten Vertragsjahre Bohrungen vornehmen muß, damit also nicht warten kann bis zum Schluß der Vertragszeit. Beim vorigen Male hat man in der Hinsicht schlechte Erfahrungen gemacht. Die Vertragszeit läuft 3 Jahre, und im zweiten Jahre soll die erste Tiefbohrung gemacht werden, so daß man dann also wissen kann, ob auf Erfolg der Bohrungen zu rechnen ist. Abgesehen von einigen anderen Vorteilen für das Land sind die Bestimmungen sonst so stehen geblieben, wie sie entworfen waren. Die Vorlage über eine Ergänzung der Bestimmungen betr. Abfassung von Holz- und Streuberechtigungen wurde dem Finanz- und Ausschusse überwiesen. Der Entwurf will festlegen, daß der Durchschnittsraum zur Berechnung der Holzmassen und des Holzwertes der betr. Holzabgaben mit der Einleitung des Ablassungsverfahrens enden soll. Es handelt sich um eine Frage, die vorwiegend lokales Interesse hat, weil derartige Berechtigungen im ganzen Lande eben nicht mehr bestehen. Ebenfalls genehmigt wurde die Vorlage über Neuordnung der Verordnungsverhältnisse auf der staatlich geordneten Irrenanstalt Lindenhaus. Mit der Uebernahme auf den Staat ergab sich die Notwendigkeit, die Gehaltsverhältnisse gleichmäßig zu regeln. In der Kommission, die die Angelegenheit vorher beraten hat, war man, wie der Referent ausführte, über die neue Last, die dem Lande auferlegt wird, klar, aber man hat keinen anderen Ausweg gesehen. Um die Last nicht zu schwer werden zu lassen ist davon abgesehen, alle Anstaltsbeamten auf Lebenszeit anzustellen, es soll diese Vergünstigung vielmehr nur der Direktor haben, sonst keiner. Die Gehälter halten sich in mäßigen Grenzen, besonders die der unteren Beamten. Zurzeit sind 75 bis 80 Pfleger und Pflegerinnen tätig, die nach Genehmigung der Sache durch die Regierung neben freier Station 300 bis 900 Mark beziehen werden. An diese Verhandlungen schloß sich eine Kommissionsitzung des Landtags zur Beratung der Vorlage betr. den Neubau eines Regierungsgebäudes, wofür bekanntlich 400 000 Mark bewilligt werden sollen.

In der Mittwoch-Sitzung wurden die Vorlagen über die neue Regelung der Verhältnisse auf der Irrenanstalt Lindenhaus in 3. Lesung angenommen. Außer der im vorstehenden Bericht erwähnten Vorlage kamen noch in Betracht eine Vorlage über die Aufhebung einer im vorigen Jahre den Armenverbänden gewährten Vergünstigung bei Krankenüberweisungen an die Anstalt und eine Vorlage über außerordentliche Forderungen für die Anstalt. Mit der Bewilligung der außerordentlichen Forderung von 24 000 Mark für einen neuen Stall auf der landwirtschaftlichen Kolonie der Anstalt erklärte sich der Landtag vorläufig noch nicht einverstanden. Erst sollen die Verhältnisse auf dieser Kolonie von einer Kommission näher geprüft werden. Dagegen wurde die andere Vorlage angenommen. Damit fällt also die Bestimmung wieder weg, wonach die Armenverbände für die von ihnen unterhaltenen Kranken durch Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln eine Unterstützung erhielten, was sehr zu beklagen ist, da die Allgemeinheit diese Forderung weit besser verleben kann als die Gemeinden, die unter Umständen sehr angedrückt werden. Aber die Vergünstigung ist eben auch dem Geldmangel des Staats zum Opfer gefallen. Mit diesen Vorlagen wurde auch der ordentliche Etat der Anstalt für das nächste Jahr genehmigt. Es handelt sich um zwei Etats, um den der Zentrale und den der landwirtschaftlichen Kolonie. Zusammen sind circa 300 000 Mark herausgerechnet, wobei sich ein kleiner Gewinn ergibt, aber nur weil die laufenden Ausgaben der Landkasse nicht mitgerechnet sind. Das Land wird an die Anstalt jedenfalls immer größere Zuschüsse zu machen haben. Nach erforderlich gewordenen Wahlen von Steuer- und Militärschulkommissionen (Ersatzkommissionen) wurde die Vorlage über Quartiervergütung an eine Kommission überwiesen. Diese Vorlage soll den Bewohnern der Stadt Detmold, die häufiger als andere Bewohner des Landes mit Militärmannschaften im Quartier zu rechnen haben, einen besseren Ersatz ihrer Aufwendungen bieten. Darauf wurde der Etat der Landkasse in 3. Lesung erledigt und angenommen. Dabei kamen noch verschiedene wichtigere Fragen zur Sprache, die wir hier kurz streifen wollen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Neumann-Dofer jagte der Minister zu, daß eine Vorlage über Abänderung des Gewerbesteuergesetzes im ganzen wenn eben möglich noch bis zur nächsten Tagung des Landtags, die für den Sommer vorgegeben ist, ausgearbeitet werden soll. Derselbe Abgeordnete brachte zur Sprache, daß bei umfangreichen Arbeiten auf der Domäne Falkenhagen keine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist, was vom Minister auch zugegeben werden mußte. Diese Anregung veranlaßte Schmund, darauf hinzuweisen, daß sich auch andere Kreise über willkürliche Vergütung von Arbeiten durch staatliche Behörden beschwerten. Auf der Irrenanstalt Lindenhaus seien die Bauten an einen bestimmten Unternehmer vergeben worden, und zwar Jahre hindurch. Darüber ist man in den Kreisen der Handwerker mit Recht entrüstet. Bei der schon früher wiederholt angestimmten Frage, wie sich am besten eine Verringerung der an Preußen zu bezahlenden Gelder für Hebung der Röhle und indirekten Steuern erreichen lasse, erklärte der lippische Minister, daß versucht werden solle, mit anderen kleinen Staaten zu einer die Kosten verbilligenden Abmachung zu kommen. Abgeordneter Neumann-Dofer hatte vorher darauf hingewiesen, daß Preußen sich die Dienste, die es durch die Hebung dieser Steuern den kleinen Staaten leistet, sehr gut bezahlen läßt. Ueber die lippischen Eisenbahnbaupläne wurde zwar auch wieder gesprochen, aber etwas bestimmtes kam dabei nicht heraus. Nach den Bemerkungen des Ministers hierzu ist es nun doch zweifelhaft, ob die Regierung noch bis zur nächsten Sitzung des Landtags eine Vorlage über eine Strecke macht. In einer früheren Sitzung hatte man noch damit gerechnet. Von Wichtigkeit für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Lippde waren dann zwei Anträge von liberaler Seite. Der eine ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß Linde falls höher mit Matrikularbeiträgen belastet werde als mit

40 Bfg. auf den Kopf 1 Antrag enthält ein we das sie sich für die ins Zeug legen möge. ausgeführt, das sich e wegen der schon jetzt biete und das fernerh ober Beilegung der Reichsvermögenssteuer so wenig Entgegenkom Er sprach von diesem zu tun hat, vermied es im Bundesrat sei über schon entschieden, da h Erkenntnis der Notw Bundesratsvertreter n die Reichsregierung es gestimmt. An die Ein überhaupt nicht zu der ganz vergebliche Mühe. Abg. Schimmel, daß h standen wären, nicht a lagen der deutschen V konervative Herr wies ständnis, daß er vom mit direkten Reichsteu gegen Erhöhung der Teile (Einführung ei Stimmengleichheit, so muß. Unter Umstän trag durchzuführen, r Die lippische Regierung im Bundesrat einmal wieder bei dieser De keinen Staaten wissen gedankenlos das nachzu

Säm

Herren-
Herren-
Herren-
Herren-
Herren-

Die
klassiker

40 Bfg. auf den Kopf der Bevölkerung wie bisher. Der zweite Antrag enthält ein weitergehendes Ersuchen an die Regierung, daß sie sich für die Einführung einer Reichsvermögenssteuer ins Zeug legen möge. Vom Abg. Neumann-Hofer wurde dazu ausgeführt, daß sich eine härtere Belastung der Kleinrenten wegen der schon jetzt bestehenden finanziellen Bedrängnis verbiete und daß fernerhin zur Herbeiführung einer Veredelung oder Befreiung der Matrifularbeiträge die Einführung einer Reichsvermögenssteuer das beste Mittel sei. So richtig das ist, so wenig Entgegenkommen fand die Anregung bei dem Minister. Er sprach von diesem und jenem, was direkt gar nichts damit zu tun hat, vermied es aber, auf den Kern der Frage einzugehen. Im Bundesrat sei über die Erhöhung der Matrifularbeiträge schon entschieden, da habe auch der lippische Vertreter in der Erkenntnis der Notwendigkeit (Was hätte je ein lippischer Bundesratsvertreter nicht als „Notwendigkeit“ erkannt, nachdem die Reichsregierung es ihm vorgepredigt hatte!) der Erhöhung zugestimmt. An die Einführung einer Reichsvermögenssteuer sei überhaupt nicht zu denken, dafür im Bundesrat zu reden, sei ganz vergebliche Mühe. Die konservativen erklärten durch den Abg. Schimmel, daß sie mit dem ersten Antrage ganz einverstanden wären, nicht aber mit dem letzten, der an den Grundgesetzen der deutschen Verfassung rüttelte. Allerdings machte der konservative Herr wieder, wie früher schon einmal, das Zugeständnis, daß er vom lippischen Standpunkte in der Not sich mit direkten Reichsteuern befriedigen könne. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des ersten Teil des Antrages (gegen Erhöhung der Matrifularbeiträge). Bei dem zweiten Teile (Einführung einer Reichsvermögenssteuer) ergab sich Stimmengleichheit, so daß die Abstimmung wiederholt werden muß. Unter Umständen kann es dann glücken, auch diesen Antrag durchzubringen, weil einer der liberalen Herren fehlte. Die lippische Regierung sträubt sich mit aller Gewalt dagegen, im Bundesrat einmal ein ernstes Wort zu sprechen, das ist wieder bei dieser Debatte hervorgetreten. Die Vertreter der kleinen Staaten wissen im Bundesrat nichts besseres zu tun, als gedankenlos das nachzuplappern, was die „Großen“ als Inbe-

griff der höchsten Weisheit von sich geben, und geschähe es auch auf die Gefahr eigener Vernichtung, die nach allem, was vorgegangen ist, wenigstens für Lippe bedenklich nahe gerückt scheint.

* Detmold, 25. März. Bipp. Landtag. Der Landtag ist heute vertagt worden. In dieser letzten Sitzung wurde die Vorlage betr. Neubau eines Regierungsgebäudes mit bestimmten Bedingungen genehmigt, so daß, wenn die Regierung auf diese Bedingungen eingeht, mit dem Bau bald begonnen werden kann. Die Kostenanschlagsumme beläuft sich auf 400 000 Mark. Mit dem Anlauf des der Stadt Detmold gehörenden Platzes für 20 000 Mk. erklärte sich der Landtag einverstanden. Es ist beabsichtigt, im Monat Mai oder Juni den Landtag wieder einzuberufen zur Erledigung der Steuervorlagen, die jetzt zurückgeschoben sind, weil der Ausgang der Reichsfinanzreform abgewartet werden soll.

* Böhne, 25. März. Heute nachmittag 1/2 12 Uhr brannte das Haus des Fabrikarbeiters H. Fischer vollständig nieder. Das Haus wurde von zwei Familien bewohnt. Wahrscheinlich ist das Feuer durch den Schornstein entstanden.

* Dehnhausen, 25. März. Einen schweren Unfall erlitt hier auf dem Eisenwerk „Beierhütte“ der Schlosserlehrling Malechth. Der Verletzte wollte im vollen Betriebe einen Hebel auf die Transmissionsmaschine werfen, wurde aber von derselben erfaßt und dem Verletzte heftige Verletzungen zugefügt. Wäre die Transmissionsmaschine nicht so dicht an der Wand, so wäre der Verletzte kaum mit dem Leben davongekommen.

* Lübbecke, 25. März. Die Genossen, welche gewillt sind, am 1. Mai gefänglich mitzuwirken, werden zu einer Versammlung am Sonnabend, den 27. März, abends 9 Uhr, bei Wirt Baumeister eingeladen.

* Barmen, 25. März. In Wasser gesprungen. In geistiger Umnachtung warf die hier wohnende Ehefrau des Arbeiters Gustav Fiedler ihr 4jähriges Söhnchen in die hochgehende Wupper und sprang selbst nach. Das Kind konnte noch lebend gerettet werden, während die Mutter ertrank.

* Köln, 25. März. Hochwasser. Die meisten Ober- und Mittelrhein-Nebenflüsse führen infolge der starken Schneeschmelze Hochwasser mit sich. Die Nied überschwemmt weite Gebiete. Bei Brabach erfaßte die reißende Flut einen vierjährigen Knaben und führte ihn vor den Augen der Angehörigen hinweg. Die Leiche wurde später gelandet. Im oberen Laufe der Ruhr richtet das Hochwasser große Vermüstungen an.

Brackwede.
Sonntag, den 28. März 1909:
Grosses Bockbierfest.
Zur Gratis-Verlosung kommt ein grosser, lebender Ziegenbock.
Orchester 10 Mann. 1772
Entree 20 Pfennig. Entree 20 Pfennig.
Es ladet freundlichst ein Karl Schröder.

Sonnabend, den 27. März, feiert der:
Sportklub „Einigkeit“
im Lokale des Herrn Gröppel, Ziegenstraße, sein
Gründungs-Fest
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.
Gäste sind willkommen. 1784



Sämtliche Saison-Neuheiten Frühjahr 1909

sind in unerreichter Auswahl eingetroffen.

Ich bitte, in meinen 9 Schaufenstern die neuen Auslagen zu besichtigen.

Frühjahrs-Neuheiten:

Herren-Anzüge von 850 bis 6000
Herren-Paletots von 1300 bis 5500
Herren-Kosen von 200 bis 1900
Herren-Fantasie-Westen von 190 bis 1900
Herren-Joppen von 250 bis 2000

Knaben-Anzüge von 200 bis 3000
Knaben-Paletots u. Pyjacks von 500 bis 2400
Knaben-Pelerinen von 300 bis 1500
Knaben-Kosen von 070 bis 600
Knaben-Kleidchen von 300 bis 2500

Die Spezial-Abteilung für feine Massschneiderei enthält eine Fülle von Stoffneuheiten erstklassiger deutscher und englischer Fabrikate und steht unter Leitung bewährter Kräfte.

H. Mettlage

Bielefelds grösstes und leistungsfähigstes Spezialhaus für bessere Herren- und Knaben-Moden.

1789

Zu Ostern sind
Reeses
Backpulver
Puddingpulver
Vanillinzucker
genau so unentbehrlich
wie die besten
Ostereier.
Überall erhältlich.
Reese-Gesellschaft
Hamburg. 1788

Trinkt
Aha's Excelsior!
1113

Notizbücher
in allen Größen
— gutes Papier —
zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht“.



Poesie-Alben
in grosser u. schöner
Auswahl vorrätig in der
Buchhandlung
„Volkswacht“
Schulstrasse 20.



Wochenmarkts-Preise in Bielefeld am 25. März 1909.

Butter	per Pfd.	110—115
Rindfleisch	„ „	70—75
Schweinefleisch	„ „	80—85
Speck	„ „	85—90
Kalbsteck	„ „	75—85
Lammfleisch	„ „	80—85
Gänsefleisch	„ „	—
Fisch	„ „	60
Eier	pr. Stück	—
Knoblauch	1/2 Kilo	18—20
Apfel.	„ „	20—30
Tafelbirnen	„ „	—
Blumen	„ „	—
Gr. Bohnen	„ „	—
Bietbohnen	„ „	—
Küben	„ „	—
Wursten, alle, pr. Pund	—	—
neue, „ „	8—10	—
Kartoffeln, neue, pr. 1 Pfd.	5—6	—
alte, „ „	—	—
Blumentopf	pr. Stück	30—45
Kopfsalat	„ „	—
Rappus	„ „	26—35
Rotkohl	„ „	25—35
Wirsing	„ „	—
Stedrüben	„ „	7—10
Robrabi	„ „	—
Gurken	„ „	—
Kartoffeln	150 Pfund	600—750

Unsere Auswahl und Leistungsfähigkeit ist gross.

Grosse Posten Kinder - Stiefel schwarz und farbig, nur beste Qualitäten Paar 225 300 350	Grosse Posten Kinder - Hausschuhe in Stoff und Leder, viele Farben Paar 100 135 175	Grosse Posten Kinder - Sandalen und Spangen - Schuhe, breite, naturgemässe Formen Paar 325 400 450
Grosse Posten Damen - Stiefel in braun, schöne, reine Farbtöne Paar 850 und 1050		Grosse Posten Damen - Stiefel in schwarz, m. Lackkappen u. mod. Formen Paar 850 und 1050
Grosse Posten Herren - Stiefel in schwarz, Chevreau u. Box-calf, teils mit Lackkappe Paar 850 und 1050		Grosse Posten Herren - Stiefel in braun, meist Einzelpaare, Wert viel höher. Paar 1050 und 1250
Grosse Posten Herren - Hausschuhe schwarz und braun, von 40-47 Paar 350 400 475		Grosse Posten Arbeits - Stiefel verschiedene Ausführungen, das Beste vom Besten Paar 750 800 850

Schuh - Palast

Zuckerberg

32 Niedernstrasse 32.

• • Billige • •

Bürsten- und Holzwaren.

Holzwaren.	
Putz- und Wickskasten	95, 60, 38, 25
Kolztellerhalter	45
Kolzteller	10
Fleischbrettchen	18, 15, 10
Putzbänke	45, 28, 22
Fleischklopper	22, 15
Kolzquirle	8, 6, 4, 2
Kolzlöffel	12, 6
Wäschetrockner	98, 58
Eierschränke mit Delfteinlage	95, 75, 58
Kandtuchhalter mit Delfteinlage	95, 65, 50
Quirlgarnituren	bis 5.—, 1.65, 1.25
Nudelrollen (Holzrollen)	35
Putzschränke	3.75, 2.75, 2.00

Bürstenwaren.	
Schrubber	65, 45, 35, 25
Scheuerbürsten	bis 50, 25, 18, 15
Stubenbesen	bis 3.—, 1.45, 1.25, 1.—, 50
Handfeger	1.10, 65, 50
Zeppichbesen mit Stiel	65
Zeppichhandfeger	65, 50, 45
Möbelpinsel	65, 45, 28
Closettbürsten	65, 45, 35
Cokoshandfeger	45
Strassenbesen	75, 50
Cocosbesen	50, 42
Wichsbürsten	75, 50, 35, 25
Schmutzbürsten	18, 10
Auftragbürsten	12, 10, 8, 5
Kleiderbürsten	bis 2.45, 65, 50, 35, 25

Georg Meier
Niedernstrasse 34.

Stadththeater.

Sonnabend, den 27. März 1909, abends 7 1/2 Uhr:

Klassikervorstellung, zu kleinen Preisen.
Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand.

Sonntag, den 28. März, abends 7 Uhr:

Der Probekandidat.

Dienstag, 30. März: Benefiz Heberling, Doktor Klaus

Mittwoch, 31. März: Gastspiel Robert Kothr. Volkslieder zur Laute.

Buchdruckerei Volkswacht

Schulstr. 20

Familiendruckachen:
Verlobungskarten
Hochzeitskarten
Trauerbriefe etc.
Vereinsdruckachen:
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Plakate, Statuten etc.
Saub. Ausführung. Zivile Preise

Trauer-Hüte

in grösster Auswahl zu billigsten Preisen

F. Kleinmeyer
Bielefeld - Bielefeld

Die Anzeigen in vorliegender Nummer wollen die Leserinnen und Leser der „Volkswacht“ beachten! * * * * *

Allgemeine Schuhmacher - Krankenkasse, Bielefeld, E. G.

Am Montag, 29. März 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General - Versammlung

im Restaurant Hannemann, Weberstrasse 5.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht 1909.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Trauerhüte in grösster Auswahl stets vorrätig

Geschw. Simon, Niedernstrasse 30.

Nachruf.
Dienstag abend 10 Uhr starb unser Mitglied
Robert Bergmann
im Alter von 18 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Deutscher Holzarbeiter - Verband, Zahlstelle Bielefeld.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Nienhofstrasse 41, aus statt. Sammelplatz 3 Uhr bei Turhorn, Bleichstrasse. 1779

Nachruf.
Am 23. März, abends 10 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Mitarbeiter und Kollege, der Modellstecher
Robert Bergmann.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Seine Mitarbeiter der Firma
Droop u. Mein. 1767

Kleine Anzeigen - Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Kleiderjchränke
von 25 Mk. Bettstellen 15 Mk., Tisch 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstrasse 12 a, 2 Min. vom Stadththeater. 1949

Berehrte Hausfrau!
Meine Süßrahm - Land - Margarine, per Pfd. 70 und 80 Pfg., nebst den bekannten Zugaben, erzeugt in jeder Weise beste Naturbutter. Machen Sie bitte den Versuch. Kaufhaus Kreuzstrasse 28. 1152

Nur
noch kurze Zeit, wegen Umzug, dauert der Totalausverkauf sämtlicher Schuhwaren weit unter früherem realen Wert. Auf Konfirmandenhiefel erfolgt extra Vergütung. Heintz Meyer, Nellerstrasse 26. 1305

Kochherde
kauft man am besten und billigsten bei Fritz Schröder, Zöllenderstr. 29. Gute brauchbare Herde von 35 Mark. Alte Herde nehme ich zurück. 1670

Zum
Streichen empfehle Vitöl, Leinöl, Lack, sämtliche Farben u. Anstreicher - Artikel. Fr. Stamm, Kaiserstr. 27. Ecke Thienstrasse. 1759

Apfelsinen 1687
steigen im Preise. Bitte verkauft diese Woche zum letztenmal in der Obstverkaufsstelle am Schipapafz billig.

Apfel
können Sie nur noch diese Woche von Hille in der Obstverkaufsstelle am Schipapafz kaufen. 1688

Kinderwagen,
Sportwagen (Brennabor), Reise-, Wagh- und Armföhrer, Sessel sowie sämtliche Bürstenwaren empfiehlt zu billigen Preisen G. Bratte, Mühlenstrasse 12. 1689

Herde,
Defen und Hausbaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt G. Bratte, Nellerstrasse 26, gegenüber der Schule. 570

Kochmaschine,
gebrauchte, schwarz emailliert, umhändelbar sehr billig zu verkaufen. Langenhagen 51. 1761

Halte
den geehrten Bewohnern von Sieler und Umgebung mein Sarg - Magazin, sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modernen ausgestatteten Leichen - Wagen bestens empfohlen. Adolf Klop, Sieler, bei Schule III. 1681

Nr. 72.

Programmrevisio

Genosse Berstein vom sozialdemokratischen Programm, an dessen neuen Parteiprogramm

1. In den Kulturländer ist die Wirtschaft der Güter. Die mit großer drängt insbesondere in der vollständig in den kleineren Unternehmern, der Meister, der Kleinhandwerker, der immer weniger gegenwärtig im steigenden Unternehmungen beschäftigten Angestellten. Mit zunehmendes sind zu dauern urteilt.

2. Für die Masse der die Lohnarbeiter bedeutet teit zugleich zunehmende Umwälzungen, die mens immer wieder ausgebildet und das durch den spezial Wirtschaft erzeugte Wirtschaftstillstand bedeutet in der Angestellten immer

3. Wohl suchen die mod and Kartelle, die Produkt ziehen. Aber sie tun das gesamten Volkswirtschaft, der Preise, der Sicherheit speziellen Industrien. In periodisch eintretenden W dern nur die Ankerungss

4. Die kapitalistische Steigerung des gesellschaft nachende Reichtum der Zeile den arbeitenden Kl des Profits und der Vol und die kapitalbesitzenden Mehrarbeit an sich. Es n auf Grund von Besitztie

5. Während die Prodi Wachstum der Unternehm Charakter annehmen, wir formen des Besitzes — A hhältnis der Eigentümer de zunehmend veräußert. jantkapitals der Gesellsch

6. Gegen dieses Ueber nach zwei Seiten hin, au druck des Kapitals wäre Einzelner ohnmächtig I tige und genossenschaftlich

7. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

8. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

9. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

10. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

11. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

12. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

13. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

14. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

15. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

16. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

17. Die Kapitalisten, die in noch höherem Gro reichum. Kiegendermöggen hängen sich in Einzelhand stand zwischen den Einkom oder ein dem Lohn ähnl Einkommen der Kapitali gemessene wächst und das

Bankkassette,
8 1/2 Uhr:
Sammlung
Reichstraße 5.
1909.
Vorstand.
stets vorrätig
Reichstraße 30.
Bielefeld.
tags 3 1/2 Uhr.
Sammelplatz
1779
nach kurzem,
Kollege, der
m.
en hatten.
r Firma
-Gefe.
als 15 Buchstaben
pelt gerechnet.
ung angenommen.
abend,
9 Uhr, großer
1773
licher,
alle Schulen bei
r. 46. 1879
schine,
zugegeben. Märk-
1700
ndolph,
67, welcher das
von Ahrenschild
n hat, empfiehlt
darf schneiden und
weisen 25 Pf.
im Abonnement
mple und saubere
1776
neider,
la, Paul Lei-
1790
Frauen
Herforderstr. u.
st. Hermann
1774
dchen,
schulfrei ist, zu
inde zum 1. April
II, gegenüber der
aiferstr. 1722
ung,
land u. Stallung
1. April oder
Florenz Brin-
1777
ung
et zu vermieten.
Dauhafts stehen
Verkauf. Meller-
1775
er,
stasse, separater
ten. Wittenberg
1786
er,
1. April zu ver-
7 part. 1778
ndliche, an zwei
r Kost zu ver-
311. 1736
ier,
it, dreifarbig
auf Raubzeug,
Tausche aus.
hausen Nr. 17
1786

2. Beilage zur Volksmacht.

Nr. 72.

Bielefeld, Freitag, 26. März 1909.

20. Jahrg.

Programmrevisionsvorschläge Bernsteins.

Genosse Bernstein hielt am Dienstag, 23. cr., in einer vom sozialdemokratischen Verein Charlottenburg veranstalteten Versammlung einen Vortrag über „Revisionismus und unser Programm“, an dessen Schluß er folgende Vorschläge zu einem neuen Parteiprogramm vorlegte:

1. In den Kulturländern der Gegenwart beherrscht das kapitalistische Wirtschaftssystem die Produktion und den Austausch der Güter. Die mit großen Mitteln ausgestattete Unternehmung drängt insbesondere in Handel und Gewerbe die kleinen Betriebe vollständig in den Hintergrund. Die Schicht der selbständigen, kleinen Unternehmer, der Kleinbauern, der Kleinhandwerker, Meister, der Kleinrentner und sonstigen Kleingewerbetreibenden bildet einen immer geringeren Bruchteil der Bevölkerung. Dagegen wächst im steigenden Maße die Klasse der in kapitalistischen Unternehmungen beschäftigten Lohnarbeiter und gegenwärtig auch die in der Landwirtschaft und in der Industrie beschäftigten Arbeiter. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung sind auf das ganze Wirtschaftssystem abhängig und werden durch das kapitalistische Wirtschaftssystem in die Armut gedrückt.

2. Für die Masse der Beschäftigten und ganz besonders für die Lohnarbeiter bedeutet der Kapitalismus mit der Abhängigkeit zugleich zunehmende Unsicherheit der Existenz. Technische Umwälzungen, die menschliche Arbeitskräfte ersparen, werfen immer wieder ausgebildete Arbeiter aus ihrer Sphäre heraus, und das durch den spekulativen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft erzeugte Wechselspiel von Hochkonjunktur und Geschäftstillstand bedeutet für die große Masse der Arbeiter und der Angestellten immer wieder von neuem Abwechslung von Ueberpannung der Kräfte und Arbeitslosigkeit. Je mehr aber die Arbeiterklasse anwächst, um so mehr wirkt die Arbeitslosigkeit lähmend auf das ganze Wirtschaftsleben zurück und wirft Tausende von Gewerbetreibenden dem Ruin in die Arme.

3. Wohl suchen die modernen Kapitalverbände, die Syndikate und Kartelle, die Produktion einer gewissen Regelung zu unterziehen. Aber sie tun das nicht im Interesse und zum Wohl der gesamten Volkswirtschaft, sondern im Interesse der Hochhaltung der Preise, der Sicherstellung möglichst hoher Profite in ihren speziellen Industrien. Infolgedessen können sie das Uebel der periodisch eintretenden Geschäftsstagnationen nicht beseitigen, sondern nur die Ausprägungsformen ändern, während die künstliche Hochhaltung der Preise vielmehr die Wirkungen der Stagnationen für die große arbeitende Allgemeinheit noch verschlimmert.

4. Die kapitalistische Produktion hat zu einer gewaltigen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums geführt. Aber dieser wachsende Reichtum der Gesellschaft fließt nur zum geringsten Teile den arbeitenden Klassen zu. In den verschiedenen Formen des Profits und der Bodenrente ziehen die Grundeigentümer und die kapitalbesitzenden Klassen immer größere Mengen von Mehrwert an sich. Es wächst immer mehr die Zahl derer, die auf Grund von Besitztiteln arbeitsloses Einkommen genießen, und in noch höherem Maße als ihre Zahl wächst ihr Kapitalreichtum. Minderbemittelte, wie keine frühere Zeit sie gekannt, häufen sich in Einzelständen an, ins Ungeheure wächst der Abstand zwischen den Einkommen der breiten Masse, der um Lohn oder ein dem Lohn ähnliches Gehalt sich Mühen und dem Einkommen der Kapitalistenaristokratie, deren Luxus ins Ungemeine wächst und das öffentliche Leben torpediert.

5. Während die Produktion und der Austausch mit dem Wachstum der Unternehmungen immer mehr gesellschaftlichen Charakter annehmen, wird durch die Entwicklung von Kollektivformen des Betriebes — Aktien- und Gesellschaften — das Verhältnis der Eigentümer der Unternehmungen zu ihrem Betriebe zunehmend veräußert. Ein immer größerer Teil des Gesamtkapitals der Gesellschaft wird Eigentum von Aktionären, die zu den Unternehmungen keinerlei funktionelle Beziehung haben, die nur am Profit, den sie abwerben wollen, interessiert sind, ihnen aber sonst teilnahmslos und unverantwortlich gegenüberstehen. Hinter den großen monopolartigen Unternehmungen läuft ein ganzes Heer von Aktionären, die deren soziale Macht vergrößern, als Verzerzer arbeitslosen Einkommens aber für die Volkswirtschaft Parasitenexistenz führen.

6. Gegen dieses Ueberwuchern des Parasitismus, gegen den nach zwei Seiten hin, auf Lohn und Preis, greift der Monopoldruck des Kapitals, wachen die Arbeiter und Angestellten als Einzelnere ohnmächtig. Nur durch die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Koalition vermögen sie seinen nie-

derdrückenden Tendenzen Widerstand zu leisten. Koalitionsfreiheit und gleiches demokratisches Wahlrecht aller sind die notwendigen Vorbedingungen der Befreiung der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft.

7. Von allen der Kapitalmacht gegenüberstehenden Klassen der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse allein eine unwiderstehliche Macht im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts. Die anderen antikapitalistischen Klassen oder Schichten sind entweder direkt reaktionär, wollen das Rad der Geschichte aufhalten oder wenigstens zurückdrehen, oder sie bewegen sich, weil sie selbst Zwischenbildungen sind, in Widersprüchen und Halbheiten. Einzig die Arbeiter haben als Klasse dem Kapitalismus gegenüber ausschließlich Fortschrittsinteressen zu vertreten. Als Klasse haben die Arbeiter das größte Interesse an der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums durch Vervollkommen der Technik und Einplanung der Naturkräfte in den Dienst der Produktion; als Klasse haben sie das größte Interesse an der Verrückung der parasitären Unternehmungsformen und der Expropriation der parasitären Gesellschaftselemente.

8. Ihr Klasseninteresse verlangt die Ueberführung der wirtschaftlichen Monopole in den Besitz der Gesellschaft und deren Betrieb zum Vorteil der Gesellschaft, in ihrem Klasseninteresse liegt die Ausdehnung der gesellschaftlichen Kontrolle auf alle Zweige der Produktion, die Einbeziehung der zurückgebliebenen Betriebe in die gesellschaftlich geregelte Produktion. Die Organisation der Arbeiter als Klasse aber heißt ihre Organisation zu einer besonderen politischen Partei, und die politische Partei der Arbeiter ist die Sozialdemokratie.

9. Die Sozialdemokratie kämpft für die Durchführung der Demokratie in Staat, Provinz, Gemeinde, als Mittel der Verwirklichung der politischen Gleichheit aller und als Hebel für die Vergeistlichung des Volkes und der kapitalistischen Betriebe. Sie ist nicht Partei der Arbeiter in dem Sinne, daß sie nur Arbeiter in ihre Reihen aufnimmt, wer ihre Grundzüge annimmt und vertritt, d. h. wer zu den Fragen des Wirtschaftslebens im Sinne des Kampfes der schaffenden Arbeit gegen den ausbeuterischen Besitz Stellung nimmt, gehört in ihre Reihen. Aber sie wendet sich hauptsächlich an die Arbeiter, denn die Befreiung der Arbeiter muß in erster Linie das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Arbeiter mit diesem Gedanken erfüllen und sie für den Kampf wirtschaftlich und politisch zu organisieren, ist die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie.

10. Der Kampf der Sozialdemokratie ist nicht auf ein einzelnes Land beschränkt, sondern umfaßt alle Länder, in denen die moderne Entwicklung ihren Eingang gefunden hat. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß die Entwicklung des modernen Verhältnisses eine zunehmende Solidarität der Arbeiter aller dieser Länder schafft, und daß die nationalen Gegensätze, von denen heute noch gesprochen wird, in der Zukunft und Ausbeuterbeziehungen wurzeln, für deren Verrückung die Arbeiterklasse kämpft, vertritt die Sozialdemokratie im Wirtschafts- und in der politischen Aktion den Grundgedanken der Internationalität, der zum Ziele hat, den freien Bund der Völker auf der Grundlage des Rechts der nationalen Selbstbestimmung im Rahmen der Solidarität der Kulturmenschen.

Parteinachrichten.

Ueber unsere Wählblätter. Zu diesem so oft in privaten Parteitreffen diskutierten Thema äußert sich die „Volksmacht“ in Dresden folgendermaßen: „Es dürfte nicht unangebracht sein, an dieser Stelle einmal die nicht ganz neue Frage nach dem tatsächlichen und scheinbaren Wert unserer beiden Parteiwahlblätter anzudeuten. In weiten Parteifreien ist man sich darüber einig, daß bürgerliche Blätter, wie „Simplicissimus“ und „Jugend“, journalistisch und künstlerisch die Führung im literarischen Kampf der Gegenwart übernommen haben. So sehr wir auch unsere Partei im Vordergrund des politischen und gesellschaftlichen Interesses steht, im „Postillon“ und im „Wahren Jakob“ kommt davon nur ein unzulängliches Bild zustande. Weder illustriert noch textlich wird hier die Satire mit der überlegenen geistigen Würde und Sicherheit gebraucht, die nun einmal nötig ist, will man mit Erfolg unsere politische und kulturelle Verlotterung in der scharfen Lauge des Spottes ertränken. Der „Wahre Jakob“ wird immer mehr Familienblatt und ist seit Jahren bestrahlt, seine Satire ist einzijdig, daß er mit dem Straßendichter nicht in enge Fühlung kommt. Trotz seines Familienblatt-Charakters und seiner technischen Vor-

züge hält er sich aber nicht rein von Geschmacklosigkeiten. Wie soll man zum Beispiel den Text und die Illustration in seiner jüngsten Nummer bezeichnen, die sich mit der Hinrichtung eines Raubmörders beschäftigt, der unter dem fallenden Beil des Scharfrichters sich über den Handbetrieb in diesem „Gemeinbegriff“ beklagt. Unmöglich roh ist die Zeichnung und vergeblich suchen wir bei dem „Wahr“, solche Geschmacklosigkeiten tragen auf keinen Fall dazu bei, feineres Empfinden in unsren Arbeiterfamilien hervorzurufen und gerade wegen des Abstoßenden, das in solchen Dingen liegt, kann man sie nicht entschieden genug ablehnen.

Etwas fester in den Zeichnungen gibt sich der „Postillon“. Aber ein ästhetischer Genuß sind keine Karikaturen wahrhaftig nicht. Die unklugste Behandlung literarischer Motive ist gerade in dem Münchener Wählblatt auffallend, und die dort mit Vorliebe gepflegte Radikultur häßlicher Sorte macht das Blatt auch nicht interessanter. Die Partei, die auf allen Gebieten nach Vertiefung strebt, sollte auch hier größere Ansprüche stellen und etwas mehr Erziehungsarbeit leisten. Auch ein Parteiwahlblatt darf nicht zuerst als ein gutes geschäftliches Unternehmen betrachtet werden, sondern soll eine Waffe sein, die bei Freund und Feind geachtet ist.

Das „Hamburger Echo“ schreibt dazu: „Wir unterschreiben diese Ausführungen. Am „Wahren Jakob“ bedauern wir noch besonders, daß in seinen Spalten eine Reihe schwindeliger Aufnahme gefunden hat, die sich die politische Parteipresse mit gutem Grund fernhält.“ Auch wir können uns mit der Kritik nur einverstanden erklären.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung hielt der sozialdemokratische Verein zu Halle am letzten Sonntag ab. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung war außer dem Reichstagskandidaten des Kreises, Genosse Kuntz, auch Genosse Fannin als Vertreter des Parteivorstandes anwesend. Der starkbesuchte Versammlung lag folgender Antrag zu Grunde:

Die Versammlung wählt eine fünfgliedrige Kommission, welche die Vorbereitungen für die Ueberführung der Genossenschaftsdruckerie in Parteieigentum zu erledigen hat.

Wie aus der Diskussion hervorging, war in einer früheren Versammlung behauptet worden, die Ueberführung der Genossenschaftsdruckerie wären in die Taschen der Genossenschaftler geflossen! Genosse Jähniß widerlegte diese Behauptung. Genosse Thiele kritisierte die Tätigkeit der Genossenschaftsdruckerie und meinte, daß die Ueberführung doch jedenfalls größer gewesen wäre, wenn die Druckerie sich im Parteibesitz befunden hätte. Die Genossen Gerig und Hoffmann führen aus, daß alle Mitglieder über die Notwendigkeit der Ueberführung der Druckerie in Parteiregie einer Meinung seien, nur scheine der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür nicht günstig. Diese Anschauung vertritt auch Genosse Fannin, der im übrigen, nachdem eine größere Zahl Genossen für und wider den Antrag Thiele zu Wort gekommen war, darlegt, daß im hiesigen Druckerbetriebe beste Ordnung herrsche und daß es geradezu ein Glück gewesen sei, daß die Genossenschaft noch existierte, um der Partei finanzielle Schwierigkeiten beseitigen zu helfen. Vor 1910 dürfte, so meinte Genosse Fannin zum Schluß, die tatsächliche Ueberführung kaum zu bewerkstelligen sein. Schließlich wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die Versammlung erteilt dem Vorstand den Auftrag, die Ueberführung der Druckerie in Parteieigentum in die Wege zu leiten und einer der nächsten Versammlungen Bericht zu erstatten.

Vom neuen Vereinsgesetz. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins zu Staßfurt, Genosse Nagelschmidt, hatte zum 29. April v. J. — also vor dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes — eine Mitgliederversammlung einberufen, aber vergessen, sie polizeilich anzumelden. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes auf 15 Mark Geldstrafe, die das Landgericht auf 10 Mark ermäßigte. Das Oberlandesgericht hob aber dieses Urteil auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Diese — das Landgericht Magdeburg — hat jetzt den Genossen Nagelschmidt freigesprochen: einmal, weil nach dem neuen Vereinsgesetz die Anmeldung von Mitgliederversammlungen nicht mehr nötig sei, dann auch, weil die Versammlung gar nicht stattgefunden habe, da sie vor der Eröffnung schon von dem Polizeikommissar „aufgelöst“ worden war.

hätte. Lawien wußte jedoch, daß Schweigen, wenigstens in diesen Tagen, für ihn und seine Auftraggeber Gold bedeutete. Endlich ließ er sich doch herab, das Wort zu ergreifen. „Das Angebot wird heute verschwindend gering sein“, wandte er sich an einen der Käufer in halblauter Stimme, doch immer noch deutlich genug, um von den Nachstehenden verstanden zu werden. Marshall und Kiehl, bei denen ich auf den Tisch geklopft habe, halten an ihrem Weizen fest, wie der leibhaftige Satan, so, und die kleinen Kläffer kommen für uns nicht in Betracht.“

Er nickte verächtlich mit dem Kopfe in der Richtung der lachenden, schreienden, aufgeregten Menge, die sich an verschiedenen Stellen des Saales vor den schwarzen Brettern versammelt hatte, auf denen in Riesengrößen die magische Ziffer „153“ verzeichnet stand.

Verkaufe fünftausend Büchel Malweizen zu hundertundfünfzig,“ erklang plötzlich laut eine Stimme hinter den beiden. Jetzt wandten sie sich nach dem Sprecher um.

„D, es ist nur der verrückte Dodien“, bemerkte geringschüssig Lawien. „Gut für uns“, fügte er gleich darauf hinzu, als er sah, wie sich die Käufer um den Mäller drängten.

Verkaufe zehntausend Büchel Malweizen zu hundertdreißig,“ überlief eine aus einer anderen Richtung kommende Stentorstimme den Ärm. „Der Teufel hole den Berl“, entfuhr es Lawien. „Das ist ja Gower. Ist auch der verrückt geworden?“

Verkaufe zehntausend Büchel Malweizen zu hundertzweiundfünfzig drei Viertel.“ Wie ein Massstrom brauste die Menge um Gower.

Verkaufe zehntausend Mai zu hundertdreißig,“ ließ sich, Dodien aufs neue vernahmen, dessen erster Abbruch jedoch verfehlt worden war.

Zwanzigtausend Büchel — wach! ich oder träum ich,“ philosophierte Lawien, dessen Gesicht sich zu röten begann. „Und zehntausend schon zu hundertzweiundfünfzig und drei Viertel weggegangen. Ein Preissturz von fünfundsiebzig Punkten. So darf das nicht fortgehen.“

Im nächsten Augenblick führte er eine leise Unterhaltung mit einem seiner Vertrauten. „Kommen Sie — schnell! Alles, was angeboten wird!“

Die zwanzigtausend Büchel hatten ihre Abnehmer gefunden und schon erklang Dodiens Stimme aus neuem. —

Verkaufe fünfzehntausend Mai zu — Verkaufe fünfzehntausend Mai zu — Der Kurs war jetzt um volle fünfzig Punkte gesunken.

Von Gower kam schmetternd die nächste Angriffsfanfare. Verkaufe fünfzehntausend Mai zu hundertzweiundfünfzig. Ein Kurssturz von hundert Punkten! — Auf Lawiens Gesicht trat die Schweißperle.

Der Lärm und die Verwirrung stiegen jetzt auf das Höchste. Erbarmungslos von ihren Armen und Ellbogen Gebrauch

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

8. Der große Krach.

Aus seiner inneren Brusttafche nahm der junge Millionär ein Blatt Papier, auf dem nur einige Zahlen standen. „Hier habe ich einen Ausweis“, begann er, „über die verschiedenen Werten Weizen, die ein jeder von Ihnen für meine Rechnung zahlt.“ Ich will Ihnen die Zahlen vorlesen:

Dodien	2500 000	Büchel
Gower	2000 000	Büchel
Jones	2500 000	Büchel
Walter	1000 000	Büchel
Miller	1500 000	Büchel

Er hielt einen Augenblick inne und sah die Mäller an, die die Wichtigkeit der gehörten Aufstellung durch Kopfnicken bestätigten.

„Alles in allem habe ich also neun Millionen und fünfzehnhunderttausend Büchel Weizen. Nicht wahr, meine Herren?“

Wiederum erfolgte ein allgemeines Nicken des Kopfes.

„Also schön! Der Markt eröffnet heute mit einhundertunddreißig. Ich erlaube Sie, Dodien, und auch Sie, Gower, vom Augenblick der Eröffnung der Börse an Ihren Weizen loszuschlagen. Gehen Sie auf jedes Angebot ein. Verlaufen — verlaufen — immer nur verlaufen, um jeden Preis verlaufen! Das ist Ihr Auftrag!“

Dodien und Gower standen im nächsten Augenblick auf ihren Füßen und starrten Winston bestrahlt an. „Aber, Mr. Howard, bedenken Sie, was Sie tun“, rief Dodien. „Es wird eine Panik entstehen, wenn wir Ihnen gehorchen und den Weizen um jeden Preis verlaufen. Neunmillionenfünfhunderttausend Büchel Weizen sind keine Kleinigkeit, und wir werden keinen auch nur annäherbaren Preis dafür erzielen.“

„Das sollen Sie euch gar nicht“, sprach Winston und machte dabei eine ungebildete Handbewegung. „Ich weiß durchaus, was ich will und wünsche von Ihnen, wie ich schon sagte, nichts anderes, als daß Sie Ihre Vorräte so schnell wie möglich zu jedem Preise verlaufen. Wenn Sie beide den Ball ins Rollen gebracht haben, so werden Sie Jones, Walter und Miller sich in die andere Ecke des Saales versetzen und jeder für sich seinen eigenen Weizenverrat um jeden Preis loslagern. Die ganzen neun Millionen fünfzehnhunderttausend Büchel müssen in spätestens einer Stunde verlaufen sein, und ich erlaube Sie daher, meine Herren, so schnell zu verlaufen, wie Sie nur können. Ich denke keineswegs daran, Selbstmord zu begehen, wie Ihre erlauteten Gesichtszüge mir zu raten scheinen, und ich will Sie nur daran erinnern, daß es mein Weizen ist, den Sie verlaufen und daß ich nach einem wohlüberlegten Plane handle. Je eifriger Sie

meinen Auftrag ausführen, um so höher werde ich es Ihnen anrechnen. Ich werde mich übrigens selbst in der Börse einfinden und dem, was sich dort abspielt, wird, mit eigenen Augen zuschauen. Also, wohlverstanden, meine Herren, keine Jagdästhetik und Faulheit. Und nun wünsche ich Ihnen allen einen schönen Guten Morgen.“

Die fünf Mäller schritten zur Tür hinaus, ohne auch nur ein Wort der Erwiderung zu sagen. Erst auf dem Wege zur Börse fanden sie die verlorene Sprache wieder.

„Er ist sicherlich übergeschnappt“, flüsterte Jones Miller ins Ohr. „Oder aber er will den Markt in einer Weise „bären“, wie ich es noch nie zuvor vernommen habe. Was sagen Sie?“

„Well“, entgegnete der Ängstliche, „Howard's Vater brachte ein Vermögen von zwanzig Millionen Dollar zusammen, und ich denke, daß Howard's Sohn auch etwas von dem väterlichen Verstande geerbt hat. Immerhin ist mir die ganze Sache vollständig unverständlich, und sicher weiß ich nur das eine, daß es eine Riesenspann! geben wird.“

„Ja“, stimmte Walter zu, „und ich weiß, daß die Leijer-Schwitz-Klasse eine Züchtung für ganzes Leben erhalten wird. Sie müssen so schnell laufen, wie wir verkaufen können, und haben jetzt kaum noch irgendwelche nennenswerten Mittel zur Verfügung, kaum soviel wie nötig ist, um allein unseren Weizen zu kaufen.“

„Aber außer unserem ist auch noch anderer Weizen da. Es müssen so mindestens außerdem noch zehn Millionen Büchel vorhanden sein, die sich in den Händen der kleinen „Gullen“ und „Lammer“ befinden, die sich in Folge von „Tipp“ in Weizen engagiert haben. Sobald wir mit unserer ersten Million fertig sind, wird der Kurs mindestens um fünf Cents gefallen sein; dann werden auch die anderen ihre Vorräte abzuladen beginnen.“

„So sehr ich mir auch den Kopf zerbreche“, bemerkte Dodien, „so vermag ich doch nicht zu erraten, worauf Howard eigentlich hinaus will. Er weiß, daß er sein Geld verliert, wenn er jetzt verläuft. Na, schließlich geht es uns doch nichts an, was er mit seinem Gelde anfängt. Wir taten, was in unserer Kraft stand, um ihn von seinem Vorhaben abzuhalten.“

Die übliche Menge hatte sich eingefunden und die übliche Erregung herrschte, als die Börse eröffnet wurde. — Der Andrang war härter als je zuvor, seitdem der Weizenpreis in so phänomaler Weise zu steigen begann. Die Börsenbesucher trugen durcheinander ein selbstverständliches, unerschütterliches Weizen zu Boden, da sie fast alle, mit dem Strome schwellend, sich mehr oder minder stark in Weizen engagiert hatten, und der mit jeder Stunde steigende Preis für sie ein entprechendes Anzeichen ihres Bankrotts bedeutete. Die üblichen lästigen Börsenweiber schwärmten nur zu durch die Luft und eine dicke Schaar von Börsenvertretern der Swift- und Leijer-Interessen war und aus dessen Munde man gern etwas Neues über die Lage erfahren

Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Mecklenburg lernt man erst richtig kennen, seitdem das Vereinsgesetz in Kraft ist und die Partei im Unterlande sich nun ausbreiten kann. Dieser Tage fanden zwei Kreisversammlungen statt, eine für den vierten und eine für den fünften Wahlkreis. Eine Konferenz für den dritten Kreis wird zu Ostern abgehalten. Es wurde konstatiert, daß in den beiden Kreisen eine große Anzahl öffentliche Versammlungen stattfanden. Im vierten Kreise betrug die Einnahme seit dem 15. Mai 1908 448,80 Mark, die Mitgliederzahl 376, darunter 151 weibliche. Der fünfte Kreis, der jahrelang — bis 1906 — durch Genossen Herzfeld im Reichstage vertreten war, hat seine Mitgliederzahl von 1800 auf 2331 gesteigert. Die Einnahme betrug hier 3418 Mark. Die „Arbeiter-Jugend“ hat 100 Abonnenten. Die Abonnentenzahl der „Medien-Volkszeitung“ ist infolge der Arbeitslosigkeit teilweise zurückgegangen. Wichtige Beschlüsse wurden auf den Konferenzen nicht gefaßt; hauptsächlich beschäftigten sie sich mit Fragen der Organisation und Agitation.

Gewerkschaftsbewegung.

Die diesjährige Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe haben vom 20. bis 23. März in Frankfurt a. M. stattgefunden. Der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, sowie die sämtlichen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen waren vertreten. Verhandelt wurde über 26 Orte, wo die Differenzen in den örtlichen Tarifverträgen noch nicht erledigt waren. Anwesend waren 48 Vertreter der Unternehmer, 70 Vertreter der Arbeiter, davon 48 vom Deutschen Schneiderverband, 12 vom christlichen Verband und 10 von der Christlich-Sozialen Organisation. Es war das dritte Mal, daß gemäß den Vereinbarungen der Organisationen diese Tarifverhandlungen stattfanden, um eine Einigung zu versuchen. Die örtlichen Tarifverhandlungen waren in einer Reihe von Orten gänzlich ohne Erfolg geblieben, die Unternehmer hatten vielfach erklärt, keine Zugeständnisse machen zu können, sie seien an der Höchstgrenze der Entlohnungen angekommen. So mußte die Situation als sehr ernst angesehen werden, es schien fast, daß ein Ausbruch auf gewaltigem Wege kaum zu vermeiden wäre. Eine gewaltige Arbeit war zu erledigen. Ganze Tarife mit circa 400 Positionen mußten durchgearbeitet werden. Die Hauptvorstände der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer hatten eine schwere Belastungsprobe zu bestehen. Doch wo ein Wille ist, ist ein Weg. Beide Parteien waren bestrebt, durch Entgegenkommen einen Ausgleich herbeizuführen. In den meisten Fällen entschieden die Hauptvorstände nach Anhörung beider Parteien, daß die Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer der einzelnen Orte sofort nochmals in eine Beratung der strittigen Positionen einzutreten hätten. Durch öftere Aussprachen gelang es, in einer Reihe von Orten die Differenzen bis auf wenige zu beseitigen. Ueber die noch verbleibenden strittigen Punkte ist in allen Fällen durch einen Schiedspruch eine Einigung erzielt worden. Die Arbeiter können unter Berücksichtigung der Gesamtsituation mit dem Verlauf der diesjährigen Bewegung zufrieden sein.

Wahlung, Modellfabrik. In der Modellfabrik von R. Scholz & Co. in Leipzig-Lindenau, Josephstraße 33, haben 24 Modellfabrikanten die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen sind entstanden, indem sich die Firma weigerte, die Arbeitsnachweisbestimmungen der Modellfabrikanten anzuerkennen. In allen Orten Deutschlands sucht die Firma Arbeitskräfte anzuwerben, während sie hiesige arbeitslose Kollegen von der Einstellung zurückweist. Dabei muß bemerkt werden, daß die Arbeitslosigkeit bei den Modellfabrikanten in Leipzig in den letzten Monaten eine sehr große war. Die Kollegen allerorts mögen dies beachten und zurzeit jeden Zugang von Arbeitskräften nach dieser Firma zu verhindern suchen. In allen Fällen ist es notwendig, sich vorher bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes, Leipzig, Beipzigerstraße 32, zu erkundigen.

Sonderlöhne in schwarzen Gebieten. Durch Erhebungen des katholischen Arbeitervereins in Heiligenstadt über die Lohnverhältnisse der Weber aus dem katholischen Gieselsfeld sind erhebliche Abweichungen festgestellt worden. Der Stundenlohn mancher Weber beträgt oft kaum 10 Pf. Was für den einzelnen Weber am Stück gezahlt wird, ist äußerst gering. Dazu ist die Lage der Textilindustrie infolge der noch immer anhaltenden Krise derart schlecht, daß die Hausweber des Gieselsfeldes oft tage- und wochenlang ohne Beschäftigung sind. Trotzdem werden diese ausgebeuteten und hungernden Arbeiter von ihren schwarzen Seelenhirten, die dort die Herrschaft führen, angehalten, mit ihrem Geschick zufrieden zu sein.

Die Arbeitervereinsliteratur an der Arbeit. Da die „Christlichen“ Führer mit ihren Genossenschaften in Straßburg i. El. ein Risiko nach dem anderen erleiden, will man eine Belebung der christlichen Bewegung nunmehr durch die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft oder eines Konsumvereins versuchen, wie ein christlicher Agitator in einer Versammlung mitteilte. Es gibt also kein Gebiet, wo die Herren Christen nicht ihre vollständigen Verpöhlungsversuche unternehmen. Aber sie werden in Straßburg auch damit kein Glück haben.

Ein neuer Tarifvertrag haben die Straßburger organisierten Klempner und Installateure mit den Unternehmern abgeschlossen. Er läuft vom 1. April 1909 bis 1. April 1910. 1910 und 1911 tritt am 1. April je eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde ein.

machend, drängten sich Käufer durch die Menge, viele Personen zu Fall bringend, deren Mund sich Verwundungen und Klagen entzogen. Zylinderhüte und Strohhüte flogen in die Luft, um im nächsten Augenblicke von den Füßen der sich wie eine Herde Dämonen gebenden Vorkäufer zertrümmert zu werden. Mit einem grimmigen Lächeln auf den Lippen schaute Winston Howard an der Seite Dobbies den tollen Treiben zu. Hunderttausend Büchel waren verkauft worden und der Preis um zweihundert Punkte, d. h. zwei Cents zurückgegangen. Schnell flüchtete er Jones seine Weisung an: „Bieten Sie jetzt fünfzigtausend zu hunderttausendfünfzig an.“ Sie werden den Preis nicht bekommen, aber das schadet nichts. Nehmen Sie, was man Ihnen bietet. Bitte, zu Argumenten habe ich keine Zeit.“

Winston behielt recht. Jones' fünfzigtausend Büchel gingen unter Jochen und Schreien in fünfzig Punkten unter dem angebotenen Preise weg. Und nun begannen die schweren Geschosse der Feuer. Fast gleichzeitig boten Baker und Miller je fünfzigtausend Büchel an. Aus der Unterhaltung seiner Umgebung schlugen abgebrochene Sätze an Winstons Ohr. Der Preis für fünfzigtausend Büchel lag bei hunderttausendfünfzig. Drei Cents niedriger in fünfzehn Minuten — schnell, suchten Baker und Miller auf dem Auftrage, zu verkaufen — ja, ich verkaufe, Kaufpreis war hunderttausendfünfzig — fünfzigtausend Punkte mehr — können wir nicht machen, dafür fällt der Preis zu schnell — ich werde noch alles verlieren!“

Die Enttäuschungsgeschichte hatte begonnen. Das schwere Geschick der fünfzigtausend Büchel erfuhr Verstärkung und die zehn Millionen Büchel Weizen im Besitze der kleineren „Pullen“ wurden nun ins Treffen geführt. Ueberall boten Baker, Miller und die anderen geflüsterten, Weizen in Pöcken von eintausend bis zwanzigtausend Büchel an, während Winstons Agenten nur noch in Pöcken von fünfzigtausend verhandelten.

Der Kurs war in einer halben Stunde um zehn Cents gesunken und die weichen Bewegung hielt noch immer an. Auf alle Angebote gingen mit Gier die Käufer der Swift-Verpackung ein.

„So darf's nicht weitergehen.“ murmelte Ramon und wachte sich den Schweiss von der Stirn. Er schrieb schnell einige Zeilen, steckte sie in ein Kuvert und winkte einen Telegrafisten zu sich heran. „Schnell, mein Junge, trage dies zu Mr. Lester im Schiller-Gebäude. Selbstverständlich zu Mr. Joseph Reyer, du Idiot.“

Genossenschaftsbewegung.

Die Handels- und Gewerbetreibenden zu Sonneberg über Konsumvereinsbäder. In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1908 beschäftigt sich die Sonneberger Handels- und Gewerbetreibenden mit den Ursachen der Bevorzugung der Konsumvereinsbäder durch das Publikum. Dabei kommt die Kammer zu folgenden Resultate:

Abgesehen von dem Genusse der Dabende, welche Hausfrauen zum Besuche bei den Konsumvereinen veranlaßt, kommt zugunsten der letzteren in Betracht, daß die Lieferung einer gleichmäßig guten Ware den mit ausreichenden Mitteln arbeitenden Konsumvereinen im allgemeinen leichter möglich ist als den vielfach im Kapital beschränkten, auf den Bezug kleiner Quantitäten angewiesenen und wohl auch in den Bezugsquellen wechselläufigen Privatbädern. Dazu mag noch kommen, daß die Bäder der Konsumvereine mit allen neuzeitlichen, den Anforderungen der Reinlichkeit und Hygiene entsprechenden Einrichtungen versehen sind, während in Privatbädern das Publikum wohl auch nach dieser Richtung hin zuweilen Mängel empfindet.

Mit diesem Gutachten kann die Konsumvereinsbäder zufrieden sein; was werden aber die Bäderinnungen dazu sagen?

Die preussische Staatsverwaltung und die Konsumvereine. Auf eine vom deutschen Handels- und Gewerbetreibenden in Hannover an das Abgeordnetenhaus gerichtete Petition um Nichtförderung der Konsumvereine durch staatliche Verwaltungsorgane, die der Regierung zur Erwägung überwiesen worden war, ist nach der Nr. 3 der „Abgeordneten-Zeitung“ nun folgende Entschliessung der königlichen Staatsregierung ergangen:

Im Bereiche der Bergverwaltung hat die erneute Prüfung der Frage wiederum zu dem Ergebnis geführt, daß zwar von der Gewährung materieller Unterstützungen an die Konsumvereine grundsätzlich Abstand zu nehmen ist, daß dagegen bei der meist isolierten Lage der Bergwerke und bei der geringen Geschäftskennntnis und Schreibgewandtheit der Bergleute die Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen und die Übernahme gewisser Aemter durch Beamte — unter Umständen mit ausdrücklicher Genehmigung der vorgelegten Behörde auch gegen Entgelt — notwendig ist, um die im Interesse der Bergschaft dringend erforderliche Erhaltung der Konsumvereine zu ermöglichen.

Im Bereiche der Eisenbahnverwaltung sind die einschlägigen Verhältnisse durch Erlass vom 29. Juni 1904 geregelt. Eine Verringerung dieser Bestimmungen ist zurzeit nicht in Aussicht genommen.

Einem dem Sinne nach gleichlautende Erklärung gab der preussische Handelsminister auch in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 8. März ab. Er fügte aber noch hinzu, daß das Verbot der Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen ein Eingriff in die persönliche Freiheit sei, den der Minister niemals dulden werde. In der entscheidenden Weise wies der Minister die Zumutung zurück, den Beamten die Beteiligung in den konsumgenossenschaftlichen Organisationen, sofern sie in ihrer freien Zeit erfolge, zu erschweren. Öffentlich ist diesen ministeriellen Worten auch die beherrschenden Taten. Es wäre z. B. sehr annehmbar, wenn der Kollege des Herrn Delbrück, der preussische Eisenbahnminister, die Mainzer Eisenbahndirektion auf die Erklärung des Herrn Handelsministers aufmerksam machen wollte. Im Bereiche der preussischen Eisenbahngemeinschaft wird nämlich durchaus nicht immer nach den Grundätzen verfahren, die Herr Delbrück verkündete. Vor kurzem wurden erst die Mainzer Eisenbahngemeinschaft von ihrer vorgelegten Behörde gewonnen, aus dem Konsumverein ausgeschlossen. Das vertritt sich doch ganz und gar nicht mit den Worten des Herrn Delbrück.

Ein Generalstreik sämtlicher Detailisten schlägt das Handelsblatt „Der Detailist“ in Düsseldorf vor. Wir lesen in der Nr. 11 des Blattes:

So geht es Schlag auf Schlag gegen den Handel! Ein großer Detailist meint, man müsse jetzt ernsthaft erwägen, ob nicht ein allgemeiner Protest angebracht sei, vielleicht in der Form, daß sämtliche Detailgeschäfte eine Zeit lang ihre Türen schließen. Nur durch solchen „Massenstreik“ könne den Regierungen und ihren Willkürern gezeigt werden, daß das Maß nicht nur voll, sondern bereits zum Überlaufen gebracht ist.

Und welcher „Schlag gegen den Handel“ ist es, der das Handelsorgan und seinen Gewährsmann in so rabiate Stimmung versetzt hat? Der Beschluß einer Reichstagskommission, Aufsichtsbeamte für das Handelsgewerbe einzuführen. Demnach haben die Detailisten Ursache, sich vor den Handelsinspektoren zu fürchten. Mögen sie also streiken, die Konsumvereine werden in diesem Falle „Streikbrecher“ spielen, da sie dem Handelsinspektor mit Gleichmut entgegengehen können.

Soziales.

ag. Gehirnentzündung infolge von Lungenentzündung. In einer Ziegelei fiel einem Arbeiter aus einer Höhe von 2 bis 3 Meter ein Klumpen Zement auf die Brust, wodurch ein Bluterguss sowie Schwellung an der Hautstelle erfolgte, die auf die Verletzung zurückzuführen waren. Als bald nach dem Unfall trat ein Lungenleiden auf, wahrscheinlich in der Form einer Lungen- und Rippenfellentzündung, dann aber nach circa 1/2 Jahre eine Gehirnentzündung, woran der Betroffene starb. Die Sachverständigen, deren Gutachten das Reichsversicherungs-

amtsrat nach dem Gutachten des Reichsversicherungsamts folgte, stimmten in der Beurteilung des Falles darin überein, wie in der „Medizin. Klinik“ ausgeführt wird, daß durch das nach dem Unfall aufgetretene und mit dem Unfall in Zusammenhang stehende Lungenleiden auf sogenannten metastatischen Wege (Übertragung durch die Blutbahn) die Gehirnhaute-entzündung, an welcher der Arbeiter gestorben ist, verursacht worden sei. Sie stützen sich hierbei auf die medizinisch erwiesene Tatsache, daß nicht nur bei Tuberkulose, sondern auch bei anderen gearteten eitrigen oder brandigen Lungenprozessen Eiterkeime häufig durch das Blut aus der Lunge verschleppt werden und dann Gehirnabszesse oder Hirnhautentzündungen hervor-

rufen. **ag. Die Wichtigkeit der Untersuchung mit Röntgenstrahlen bei Unfällen.** Ein Arbeiter hatte eine anscheinend leichte Verletzung am rechten Schienbein erlitten und behauptete, seit dieser Zeit nicht arbeiten zu können. Neuerlich war nichts zu finden als eine kleine Narbe und eine ganz unbedeutende Verletzung des Schienbeins an der gleichen Stelle. Bei der Röntgenuntersuchung indes ergab sich, daß ein Quersbruch dieses Knochens stattgefunden hatte, der aber von selbst in ganz ausgezeichneter Weise geheilt war. Aus diesem Grunde mußte angenommen werden, daß die Angaben völlig übertrieben sein mußten. Indes erhielt der Arbeiter für die ersten drei Monate die Rente für völlige und dann einige Monate für halbe Arbeitsunfähigkeit.

Militärisches.

14 Tage Mittelarrest für — einen gebrochenen Fuß! Ein Unteroffizier vom 126. Infanterie-Regiment in Straßburg (Els.) ließ einen Soldaten, weil dieser angeblich die Stiefel des Unteroffiziers nicht gewischt hatte, mit der Faust so vor die Brust, daß der arme Teufel über einen Schmelz fürzte und sich dabei einen Fuß brach.

Das Kriegsgericht der 31. Division sah in dieser Mißhandlung einen minderwertigen Fall und ließ es bei 14 Tagen Mittelarrest bewenden.

Standesamts-Nachrichten.

Winden. Vom 14. bis 20. März. Geburten: Söhne: Steinbauer Ebeling; Schuhmann Gennemann; Schlachtermeister Hermann Schwiering; Arbeiter Gottschall.

Töchter: Postsekretär Ollmert; Arbeiter Fischer; Glasmacher Ludwig Müller.

Aufgebote: Sattler Walther mit Witwe Henriette Verber geb. Schütte in Minden; Kaufmann Niemann mit Berta Krügelmann in Minden; Leutnant Dr. J. in Spandau mit Luise Meisel in Minden; Feldwebel Richter in Minden mit Wilhelmine Christine Sophie Schröder in Weissen; Postassistent Jocher mit Mathilde Dohm in Minden; Kataster-Kommissionär Lammann in Minden mit Hedwig Hausen; Müller-Wattenberg in Minden mit Karoline Philippine Anna Schreiber in Lanfersen bei Mente; Rechtsanwalt Brang in Minden mit Elisabeth Bonin in Friedeburg; praktischer Arzt Dr. med. Ruoff in Minden mit Theresie Marianna Tuderemann in Köln a. Rh.

Sterbefälle: Witwe des Landwirts Schmidt geb. Dries, 81 J. 4 M.; Fräulein Elisabeth Schütte, 21 J. 6 M.; Invalide Petermann, 61 J. 11 M.; Landwirt Upphoff, 85 J. 9 M.; landwirtschaftlicher Rechnungsführer Diehl aus Gorden in Pommern, 30 J. 11 M.

Vereins-Kalender.

Freitag.

Männer-Gesangverein „Freie Stunde“ 9 Uhr bei Seiwitz, Bärgerweg 93.

Gesangverein „Concordia“ 9 Uhr bei Kleinert.

„Leonia“ 9 Uhr bei Kahl, Serfordstraße 137.

Ritterklub „Alpenrose“. Rides Reckelswall.

Freie Turnerschaft „Völsfeld“, Abt. „Vorwärts“ 8 1/2 Uhr bei Freudenau, Seepferdstraße.

— Abt. „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Langewort, Deimolberstraße.

— Abt. „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Langewort, Deimolberstraße.

— Abt. „Jahn“ 8 1/2 Uhr bei Stadtrücker, Turnersstraße.

— Abt. „Gardener“ 8 1/2 Uhr bei Stadtrücker, Turnersstraße.

— Abt. „Völsfeld“ 8 1/2 Uhr bei Stadtrücker, Turnersstraße.

Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Ap-berndt.

Radfahrerverein „Tourist“ Sitzung bei Helms, Jollenbederstr.

Radfahrerklub „Transvaal“ 9 Uhr bei Birt Schöner an Eigen.

Radfahrerklub „Flora“ 9 Uhr bei Böhler, Seepferdstraße.

Regellub zu den drei Linden 9 Uhr bei Riedert, Schlenkerweg.

Guttemplerorden. Loge Völsfeld. 8 1/2 Uhr. Dr. Rurfortenstr. 51.

Ringklub „Aberg“ 8 1/2 Uhr bei Karl Blome, Webersstraße.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freie Jugend“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Bürstenwa-

Besen und Matten u. bis 10 Prozent R.

Kermann Schu

Obernstraße 38.

Der größte,

Zirkus

den je Brack

vollständig neu

Sonnabend, den

Brackw

Emaile-

Aug

1781

Inh.: Otto Si

Zum bevorste

Mülleimer 2.2

Verzinkte Ein

Wannen 1.50,

Waschtöpfe 2

Wasserkessel

Waschständer

Waschschalen

Elserne Bratt

Löffelbleche,

Tonnen mit E

Matten 25, 30

Gardinenleiste

Handtuchhalter

Schrubber 25

Schenerbürste

Kokosbesen n

Kaffeesservice

Wachstuch in

Fensterleder

Markttaschen

Biograp

Alter Markt 4

bleibt

da nur hervorragende

Sonnabend 5 Uhr.

Der blind

Eine e

Bürstenwaren,

Besen und Matten verkauft
bis 10 Prozent Rabatt.

Hermann Schulze,
Oberrstraße 38. 1764

In der Buchhandlung Bollmann
in der Stadt:
„Morgenpost“, Sozial. Zeit. u.
„Heiligkeit“, Don. A. Stern.
182 Seiten. Preis 50 S.
Porto 10 S.
Sozialdemokratisches Wochen-
blatt, Don. May. Preis 40 S.
Porto 5 S.
Der Diktator und Complet-
tänger. Preis 50 S., Porto
5 S.

Der größte, vornehmste und eleganteste

ZIRKUS

den je Brackwede gesehen hat, kommt.

Zirkus Böhmer

vollständig neu für den ganzen Kontinent.

Eröffnung:

Sonnabend, den 27. März, abends 8½ Uhr.

Brackwede Marktplatz.

Emaill-Waren-Haus

August Schiefer.

Inh.: **Otto Siekmann, Niederwall 4.**

Zum bevorstehenden Umzug empfehle:

- Mülleimer 2.25, 2.50, 2.75.
- Verzinkte Eimer 65, 75, 85 Pfg.
- Wannen 1.50, 1.85, 2.50.
- Waschtöpfe 2.50, 2.75, 3.50.
- Wasserkessel 1.25, 1.75, 2.35.
- Waschstände 1.00, 1.25
- Waschschalen 50, 60, 75 Pfg.
- Eiserne Brattöpfe 95, 1.25, 1.50.
- Löffelbleche, dek., 1.50, 1.75.
- Tonnen mit Etagieren von 7.50 an.
- Matten 25, 30, 40, 50 Pfg.
- Gardinenleisten 40, 50, 60 Pfg.
- Handtuchhalter 45, 55, 1.25.
- Schrubber 25, 35, 45 Pfg.
- Scheuerbürsten 20, 25, 35 Pfg.
- Kokosbesen mit Stiel 50, 60 Pfg.
- Kaffeesevice von 2.25 an.
- Wachstuch in grosser Auswahl.
- Fensterleder 50, 75 Pfg.
- Markttaschen 45, 60, 90, 1.25.

Biograph-Zentrale

Alter Markt 4 **HERFORD** Alter Markt 4
bleibt unverändert, 1787
da nur hervorragende Neuheiten zur Aufführung gelangen.
Sonnabend 5 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

Der blinde Kreuzritter.

Eine Darstellung aus dem Mittelalter, wundervoll vornehm gehaltene
Darstellungen. (Sehr rührend) Ein Schlager der Zeit.

Arabische Pilgerfahrt.
(Aktuell, sehr interessant)

Was ist das?
(Humoreske aus dem Kinderleben.)

Die belauschten Journalisten.
(Kurzweiliger humorvoll.)

Historischer Spaziergang.
(Dortlich koloriert.)

Der Schutzmann in der Westentasche.

Reicher humorvoller Schauer. (Zum Wägen)

Eine edle Lüge.

(Wunderbares Charakterbild, tragisch.) Das Bild bedarf keiner weiteren
Beltame. Die Uebersetzung wird lehren, daß dies das längste und schönste
Bild ist, welches jemals in unserer Theater zur Aufführung kam. Ver-
säume niemand, die Uebersetzung zu oeminnen

Es ladet ergebenst ein

Die Direktion.

Stadttheater

Bielefeld.

Opernspielzeit 1909.

Beginn der Spielzeit: 11. April (1. Osterfeiertag).

Ende der Spielzeit: 10. Mai.

Das Personal besteht aus folgenden Mitgliedern:

- I. Kapellmeister: **Max Cahnbley**, städt. Kapellmeister, Bielefeld.
 - Oberregisseur: **Carl Kruthoffer** vom Stadttheater in Aachen.
 - II. Kapellmeister: **Hans Hansen-Tebel** vom Stadttheater in Aachen.
 - Harfe: **Marie Langhammer** vom Stadttheater in Regensburg.
 - Heldentenor: **Ernst Brandenberger** vom Stadttheater in Aachen.
 - Lyrischer Tenor: **Franz Birrenkoven** vom Stadttheater in Aachen.
 - Tenorbuffo: **Carl Baumann** vom Stadttheater in Metz.
 - Heldenbariton: **Fritz Bergmann**, Fürstl. Lipp. Kammersänger, vom
Fürstl. Hoftheater in Detmold.
 - Lyrischer Bariton: **Josef Schutzner** vom Stadttheater in Aachen.
 - Seriöser Bass: **Benno Diabal** vom Stadttheater in Elberfeld.
 - Bassbuffo: **Carl Kruthoffer** vom Stadttheater in Aachen.
 - II. Bass: **Georg Harder** vom Stadttheater in Aachen.
 - Dramatische Sängerin: **Josefine Grining** vom Stadttheater in Posen.
 - Jugendlich-dramatische Sängerin: **Gertrud Geyersbach** vom Grossh.
Hoftheater in Darmstadt.
 - Koloratursängerin: **Berte Schelper** vom Stadttheater in Aachen.
 - Soubrette: **Elisabeth Léclair** vom Grossh. Hoftheater in Schwerin.
 - Altistin: **Elly Freyler** vom Stadttheater in Aachen.
 - II. Partien: **Marta Harder** vom Stadttheater in Aachen.
 - II. Partien: **Elsa Jacobowsky** vom Stadttheater in Aachen.
 - II. Partien: **Lina Beller** vom Stadttheater in Aachen.
- Das gesamte Chorpersonal besteht aus den tüchtigsten Kräften
des Stadttheaters in Aachen.

in Vorbereitung:

Novität!

Tiefland

von Eugen d'Albert.

Novität!

Walküre

von Richard Wagner.

Abonnementsbedingungen:

Es werden **Passepartout-Abonnements** für 27 Vorstellungen
ausgegeben (täglich gültig mit Ausnahme der Sonnabende). Ferner ist
ein **Tages-Abonnement** eingerichtet und zwar für wöchentlich zwei
Tage: Sonntag und Mittwoch, Montag und Donnerstag, Dienstag und
Freitag.

Den bisherigen Passepartout- und Wochentagsabonnenten bleiben
die betreffenden Plätze bis 4. April reserviert. Weitere Abonnements-
zeichnungen neuer Abonnenten werden vom 5. April ab entgegen-
genommen.

Preise der Abonnements (einschliesslich Garderobe):

	Kassenpreis	Passepartout für 27 Vorst.	Tagesabonnement für 9 Vorstellung.
Fremden- und Orchesterloge	Mk. 4,20	Mk. 93,15	Mk. 32,40
1. Rangloge	3,70	79,65	27,00
Parkett-Fauteuil und 1. Rang	3,20	66,15	24,30
1. Parkett	2,70	52,65	19,80
2. Parkett	1,95	39,15	15,30
2. Rang-Balkon	1,85	36,45	14,40
2. Rang-Balkon (2. und 3. Reihe)	1,60	29,70	10,80
2. Rang-Balkon (4.—6. Reihe)	1,35	27,00	9,90

1771

Bachstuche,

Linoleum u. Läufer, pracht-
volle neue Muster, verkaufte bis
Offen mit 10 Proz. Rabatt.

Hermann Schulze,
Oberrstraße 38. 1763

Wie erhalten wir unser

Obst

und damit uns und dem
Staate
ungezählte Millionen?

Die Frage wird mit der
Obst-Ausstellung
vom 26. bis 30. ds. Mts.
beantwortet durch

Hille.

Von den Mitarbeitern der
Obstverkaufsstelle sind

1000 Mr.

ausgesetzt für diejenigen,
welche gleiche Qualitäten und
Quantitäten erhalten haben
resp. liefern können.

Das edelste Nahrungs- und
Genussmittel der Menschheit
ist frisches Obst. Die Aus-
stellung ist somit sowohl für
den Obstzüchter wie für den
Obstverbraucher von Interesse.

Sintritt 10 Pfg.,

nur zur Deckung der Un-
kosten. Eventl. Ueberführung
wird für den 1680*

Obstbau

im Preise Lückede,
Weiß, aus welchem das
sämtliche ausgestellte deutsche
Obst stammt, verwandt.

Frei Heil! Frei Heil!
Achtung! Herford.

Am Sonntag, 28. März feiert der
Arb.-Turnverein „Eichenkranz“
Oelinghausen
sein diesjähriges

Frühlings-Fest

beim Gastwirt Feld am Bahnhof.
Freunde und Gönner des Vereins
sind herzlich eingeladen.

1766 Der Vorstand.

Sofas Vertikows Spiegel

enorme Auswahl,
billigste Preise bei

F. Mertens.

6 Gründe

bewirken es, daß beim Einkauf von Herren- und Knaben-Bekleidung an **erster Stelle** nur die Firma

SPANIER, Niedernstrasse 8-10

in Frage kommt, die als **leistungsfähigstes Geschäft** hier bekannt ist.



1.

Die Firma **Spanier** bietet in **Herren-Anzügen** eine sorgfältig gewählte und hervorragende Auswahl, wie sie tatsächlich von **keinem** anderen Geschäft in Bielefeld irgendwie übertroffen wird. Für **jeden Herrn**, ob besonders groß und corpulent oder klein und gedrungen, sind **Anzüge** zc. in **tadellos passenden Größen** vorrätig.

2.

Die Firma **Spanier** verkauft nur **wirklich gute** Herrenkleidung, die infolge **höchster Eleganz**, **sicherer Fassons**, wie **prima Verarbeitung** das „Beste vom Guten“ darstellt und in Ausführung **unerreicht** ist.

3.

Die Firma **Spanier** kann durch **Raffaeintauf** und großen Absatz bei **geringen** Spesen Herrenkleidung **billiger** verkaufen als **jedes andere** Geschäft. Jeder Kunde wird **kulant** und **streng reell** bedient, daß er **geru wiederkommt** und die Firma **Spanier** weiter bei seinen Bekannten empfiehlt.

4.

Die Firma **Spanier** bietet speziell in **Knaben-Anzügen** eine überwältigende Auswahl und kann sich hierin ohne Ueberhebung als die **leistungsfähigste Firma** in Bielefeld bezeichnen. In allerneuesten Fassons, wie **Kieler Blusen**, **Seelabett**, **Norfolk**, offene Jackenform „**Mozart**“ und „**Schiller**“ zc. sind reizende Neuheiten eingetroffen, bei **staunend billigen** Preisen.

5.

Die Firma **Spanier** trachtet nicht danach, billigste Ware zu führen, sondern **beste Waren** zu **allerbilligsten** Preisen zu verkaufen und garantiert weitgehend für jedes gekaufte Kleidungsstück.

6.

Die Firma **Spanier** unterhält in **jeder Preislage** eine gleich große Auswahl. Ob Sie für wenig Geld einen billigen Anzug kaufen oder ob Sie auf einen Anzug in mittlerer und besserer Preislage reflektieren, Sie handeln in **Ihrem Interesse**, die Firma **Spanier** zu besuchen, denn Sie finden dort bestimmt das Richtige und sind mit Ihrem Einkauf zufrieden.

Es wird sehr darum gebeten, **ohne jeden Kaufzwang**, die enorme Auswahl zu besichtigen, und Sie finden, daß der **gute Ruf** der Firma **Spanier** ein wohl begründeter ist. — Sie kaufen nirgendwo erstklassige Konfektion so preiswürdig als bei

1770

SPANIER,

Niedernstrasse 8-10

nahe der Altstädter Kirche.

Georg Meier

jetzt Herforderstrasse 12.

Neu aufgenommen:

Tennis-Schläger
Tennis-Bälle
Fuss-Bälle.

Billigste Preise.

Reparaturen von Tennis-Schlägern werden ausgeführt.

Sieben ist erschienen und in der Buchhandlung „Volkswacht“, Bielefeld, Schulstraße 20, zu haben:

Auf Messinas Trümmern

Bericht eines Augenzeugen.

Preis 1 Mark. Von **Paul Pachne**. Porto 10 Pfg.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch rinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Betten

in nur bester Qualität

liefern zu den
billigsten Preisen

Gebr. Gottschalk,

Bielefeld, Niedernstr. 29/31.

1539

Konfirmationsgeschenke.

Reizende Schmuck-Gegenstände

:: für Mädchen. ::

Nützliche u. prakt. Gegenstände

:: für Knaben. ::

—

Konfirmationsbilder

:: für Knaben und Mädchen. ::

Konfirmationskarten.

1780

Georg Meier
Niedernstrass 34.

Brackwede.

Hüte und Mützen

nur letzte Neuheiten,
kaufen Sie gut und billig
bei

M. Thomas,
Osningstrasse 6.

Konfirmationshüte

Billig. Billig.

Verlobte

seht Euch meine Läger in

Möbeln sowie Ausstener-Artikeln

an, ehe Ihr anderswo Euren Bedarf deckt. Billige Preise,
große Auswahl, strengste Diskretion, günstige Zahlungs-
bedingungen.

J. Fraenkel,

Bahnhofstr. 2a, 1. Etage.

Kein Laden! Eingang neben Harms' Kinematograph.

Diese Woche wieder
gutes Rindfleisch

Pfund 60 Pfg.

Halb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.

**Verschiedene Wurst-
waren und Aufschnitt**
empfehlen

Fritz Ellenbeck,

Meisterherf,

Herford

Lübberstr. 24. Telefon 417.



besten
Metall-Politur
Chemische Fabrik
Düsseldorf A.G.

Vertreter: Ad. Fischer, Bielefeld.

Jüngere tüchtige Schleifer,

geübt auf Leinwand, für sofort
gegen guten Akkordlohn gesucht.
Angebote unter Chiffre **S. G.**
an die Exped. d. Zeitung.

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, f
wie bei sämtlichen Agenturen f
ins Haus gebracht 60 Pfg. mon
lich. Durch die Post bezog
1,80 M. vierteljährlich exklusi
Befreiung.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungsstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 73.

Die heutige Num
einschließlich der Unterh

Die Kampfes

Die Herren Wilhelm
lassen im „Nadensberger“
klärungen, welche zusam
wirkung gewürdigt sein wo

Die „Volkswacht“ in
der Wahrheit nicht entpi
soziale Verarmung in
ist so entsetzt und aus d
sammengedrückt worden, d
näher einzugehen.

In derselben Nummer
eine vom Kollegen Köh
Protestversammlung gege
richt wurde Herrn Hoff
boten, weil er sich den
fügen wollte. Nach dem
Hoffmann, bevor er das
schon Redakteur Behle
jenem Lager üblichen ver
sei. Diese unwahre Behau
schon dreimal in der „V
mann jetzt hierdurch auf
Lager zu nennen, welche
weise den Fortgang Behle
mann das nicht, dann mu
rischer Absicht die Beha
gleich sei den Genossen o
nur Herr Hoffmann, ion
tischen Partei in christl
Bort erhalten wird. De
kümmer uns nicht. De
mand Veranlassung. Be
er ja nicht viel von sich

Verschiedene Vorkomm
nachstehende Erklärung ab
kreife Lügde in solchen
nicht vertreten ist, eine
Auch die Genossen, die hier
in den weissen anwesend.
Redezeit gewährt. Währen
die Redner ziemlich sachlich
doch anders kommen. So
hätten bei Lügde eine
man die Genossen aus der
melt und den Beamten des
Bielefeld als Redner beie
schon ein Genosse: „Der
Dieser Ausdruck zeigte ich
und daß es ihnen dabei wen
steuer ankam, als um die
Versammlung wurden wir
gewährten wiederum freie
konnte man nichts vorbrin
eine sozial. Agitationsrede
Seite nicht dulde, verlegte
rer Bewegung. Schließlich
entschieden zurückgewiesen
sie nicht auf ihre Rechnung
wachende Beamte sah sich
zu fordern, andernfalls w
Nach Schluß der Versamm
wie ein Bilder und nahm
eine drohende Haltung ein.

Am Montag, den 15. M
sammlung statt. Die Gen
lung den Obergewissen Hof
Auch diesem wurde freie R
weise, nur zur Tagesordnu
suchte er sofort, meine Re
binzuzustellen. Da auch er
Thema vornahm, mußte er
Tagesordnung gerufen wer
forderung nicht nach, sonde
Unrat über unseren Verbe
daß ihm das Wort vom J
Hoffmann wollte aber dem
daß er überhaupt in der V
nahm sofort zur Geschäfts
Versammlung solle entschei
nicht. Ich widersprach ihm
weise, so daß er aufgeford
ich das Wort hätte. Da er
wie es sich gehörte und be
antage lag, zudem uns die
gegeben hatte, gab ich die
Vorstellungen uns dazu zw
Versammlung mehr, wo ich
noch das Wort zu geben,
dieses als Feigheit auslege
aber ganz ruppig, so daß m
Aus all diesen Tatsache
nossen nicht so sehr um die
ist, sondern andere Motive
aber nicht die Angst verpür
melplänen sozial. Fanatike
Interesse der Abwehrbeweg
im besonderen für einzig r
form, während der ganzen
Ich bedauere gewiß diesen
teresse der Sache, der wir
anderes übrig. Einen V
Versammlungen werden zu
Kollegen und Kolleginnen
Bielefeld, 16. Mär

1780

1780

1780

1780

1780

1780